



Nr. 64 – Mai 2005

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

aufgrund umfangreicher Vorbereitungen für den 30. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover hat sich diese Ausgabe um einige Tage verzögert. Das Pazifik-Netzwerk und Germanwatch hatten einen Stand zum Klimawandel im Pazifik auf dem Klima- und Energiemarkt vorbereitet, zu dem eigens eine vierköpfige Delegation aus Samoa, Fiji und Kiribati eingeladen worden war.

Ohne die Unterstützung meines Praktikanten Christoph Kohl und die Artikel von „Auslandskorrespondent“ Lorenz Gonschor aus Hawai'i wäre diese Ausgabe der „pazifik aktuell“ nicht so umfangreich und spannend geworden. Dafür herzlichen Dank!

Eine informative Sommerlektüre wünscht Ihnen/euch

Julia Ratzmann, Redakteurin

PAPUA-NEUGUINEA

Australisches Hilfsprogramm für PNG vorerst gescheitert

Wie der Oberste Gerichtshof Papua-Neuguineas am 13. Mai 2005 entschied, verstößt das im vergangenen Jahr zwischen den Regierungen Australiens

und Port Moresbys vereinbarte „Enhanced Cooperation Programme“ (ECP) gegen die Verfassung und ist somit ungültig.

Das Abkommen über das Hilfsprogramm hatten die Außenminister beider Staaten am 30. Juni vergangenen Jahres unterzeichnet. Das Programm wurde über eine Laufzeit von fünf Jahren abgeschlossen und sollte eine neue Ära der Partnerschaft beider Länder einleiten. Über die üblichen Leistungen Australiens an Papua-Neuguinea im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit hinaus beabsichtigte Canberra den nördlichen Nachbarn in den Bereichen Polizei, Justiz, Privatwirtschaft und öffentlicher Sektor mit 800 Mio. Australischen Dollar (490 Mio. EUR) bis 2009 zu unterstützen. Ziele des ECP waren die sicherheitspolitische Stabilisierung des Landes sowie die Wiederherstellung des Vertrauens von potentiellen Investoren in dem von Korruption, Kriminalität und schlechter Regierungsführung geschüttelten, als „gescheiterter Staat“ bezeichneten Papua-Neuguinea. Australien hatte Papua-Neuguinea zuvor gedroht, seine Unterstützungsleistungen komplett einzustellen, sollte das Land das ECP nicht annehmen. Als Schwerpunkt der australischen Unterstützungsleistung war die Entsendung von bis zu 230 Polizist/innen, 18 Rechts- und Verwaltungsfachleuten sowie bis zu zehn Grenzsicherungs- und Luftraumexperten vorgesehen. Als Projektträger

des ECP fungierte die staatliche australische Entwicklungsagentur Australian Agency for International Development (AusAid), die dem Außenministerium unterstellt ist.

Schon früh wurde Kritik an dem Programm laut: So bemängelte die Nichtregierungsorganisation AIDWatch, dass von den von der australischen Regierung insgesamt bereitgestellten 800 Mio. Dollar allein 43 Prozent (entspricht 344 Mio. Dollar oder rund 211 Mio. EUR) für Gehaltszahlungen und Unterhaltskosten für die Australische Bundespolizei (AFP) in Papua-Neuguinea vorgesehen seien. Weitere 400 Mio. Dollar (bzw. 245 Mio. EUR) seien für Logistik und Betriebskosten der AFP veranschlagt, so dass die papua-neuguineische Royal Constabulary lediglich die verbleibenden 56 Mio. Dollar (34 Mio. EUR) erhalte. Letztendlich stellte sich das ECP somit als ein enormes, mit Geldern der Entwicklungszusammenarbeit finanziertes, Subventionsprogramm für die australische Verwaltung heraus. Von „Boomerang Aid“ war in diesem Zusammenhang die Rede.

Sowohl von der Regierung Papua-Neuguineas als auch jener Australiens war Bedauern über die Entscheidung des höchsten Gerichts in Port Moresby zu vernehmen. Der australische Premierminister John Howard sprach sogar von einem Rückschlag. Der amtierende Premierminister Papua-Neuguineas, Sir Rabbie Namaliu, stellte eine mit Australien einvernehm-

liche Korrektur der vom Gericht bemängelten Gesichtspunkte in Aussicht, um das Programm fortführen zu können.

Die Klage gegen das ECP war von dem Gouverneur der Provinz Morobe (Ostneuguinea; Hauptstadt Lae), Luther Wenge, angestrengt worden. Wenge hatte angeführt, dass das ECP mit der Immunität für Angehörige der Australischen Hilfspolizei (AAP) und der Übertragung von Macht an ein gemeinsames australisch-papua-neuguineisches Führungskomitee die Autorität des Staates unterminiere und die verfassungsmäßig verbürgten Bürger- und Freiheitsrechte verletze.

Australien ist mit dem Urteil düpiert, ist damit doch Canberras selbstbewusste und interventionistische „Neue Außenpolitik“ gegenüber den pazifischen Inselstaaten – Schlagzeilen hatte die Verbringung von Flüchtlingen nach Nauru, der Militäreinsatz auf den Salomonen sowie die politischen Interventionen in Fiji gemacht – in Frage gestellt.

Die neue außenpolitische Linie wird von Australien seit dem 11. September 2001 als Beitrag zum „Kampf gegen den Terrorismus“ ausgegeben, die darauf abzielt, Ordnung und Sicherheit im australischen „Hinterhof“ Pazifik (v.a. auch beim strategisch gelegenen nördlichen Nachbarn) sicherzustellen. Für die ohnehin in letzter Zeit angespannten Beziehungen zu Port Moresby stellt der Spruch einen weiteren Dämpfer dar.

Unmittelbar nach dem Urteilspruch des Obersten Gerichtshofes begann Australien mit dem Abzug seiner rund 150 Polizeiangehörigen.

(Artikel von Christoph Kohl. Quellen:
<http://www.ausaid.gov.au>
<http://www.aidwatch.org.au>
<http://www.aspi.org.au>
<http://www.paclii.org/pg/cases/PGSC>)

Polizisten dürfen „auf Sicht“ schießen

Giossi Labi, Polizeichef von Lae, hat Anfang März den Polizisten der Stadt Lae die Erlaubnis erteilt, „auf Sicht“ auf Kriminelle zu schießen. Labi erklärte, mit durchschnittlich einem bewaffneten Überfall täglich weise Lae eine der höchsten Kriminalitätsraten des Staates auf. Die Täter scheuten weder vor dem Gebrauch von Kleinwaffen noch vor dem Ort oder der Tageszeit zurück. Bewaffnete Raubüberfälle am helllichten Tag auf belebten Straßen gefährdeten die Bewohner der Stadt. Im Zweifelsfall sollten die Polizisten lieber einmal zuviel als einmal zu wenig schießen, um ihr eigenes Leben zu schützen. (*Flash d'Océanie* 04.03.05)

100 Tote in Flüchtlingslagern

Mehr als 100 Flüchtlinge von der Insel Manam sind seit dem Vulkanausbruch und ihrer anschließenden Flucht aufs Festland in Flüchtlingslagern gestorben. Mark Arongo, einer der Sprecher der insgesamt drei Auffanglager, sagte, vor allem Kinder und ältere Menschen hätten Symptome wie Blasenbildung und geschwollene Gliedmaßen entwickelt. Man habe keine Behandlungsmöglichkeiten gehabt, da man als Ursache der Schwellungen nur habe annehmen können, dass es sich um Nachwirkungen des Vulkanausbruchs gehandelt habe. Mark Arongo beklagte, es hätte in seinem Lager Asuramba keinen Arzt gegeben und die medizinischen Hilfskräfte hätten sich nach kurzer Zeit ebenfalls zurückgezogen. Auch in den Lagern Potsdam und Mangem sei die gesundheitliche Situation katastrophal. Man habe auch seit einigen Wochen keine Lebensmittelrationen mehr bekommen. Rund 80 % der Kinder

in den Lagern litten an Unterernährung. Alle drei Lager bräuchten dringend Transportmittel, um Schwerkranke ins Modilon Krankenhaus nach Madang fahren zu können. (*Post-Courier* 10.05.05, *National* 10.05.05)

MEDIEN

Christliche Radiosender

Am 5. Januar 2005 wollte der evangelikal-fundamentalistische Missionsender „Wantok Radio Light“ einen Kurzwellensender auf 7120 kHz in Betrieb nehmen, doch ist die Installation des Senders zurückgestellt worden. Die Gebäude sind fertig und das meiste Material ist vor Ort, doch sind Sicherheitsbedenken laut geworden. Der Sender soll nach Klärung der Fragen im März 2005 aufgestellt werden. Ursprünglich wollte Wantok Radio Light bereits im Mai 2004 mit Kurzwellensendungen beginnen.

„Wantok Radio Light“ sendet seit dem 11. Januar 2002 in Port Moresby ein evangelikal orientiertes christliches Radioprogramm in Englisch und Pidgin. Partner des Projekts sind die Papua New Guinea Bible Church, EBM International und Life Radio Ministries in Atlanta, Georgia, sowie HCJB World Radio, die Muttergesellschaft des ältesten noch bestehenden internationalen Missionsenders Radio HCJB Quito. Die von Joseph C. Emert geleiteten Life Radio Ministries, die auch ein Radio Light auf Fiji betreiben, sind ein offizieller radio-planting partner von HCJB World Radio.

Die Station in Port Moresby soll mittelfristig die Kopfstation einer landesweiten Senderkette werden. Bei gesicherter Finanzierung sollen bis zu 30 UKW- und Kurzwellensender in Papua-Neuguinea, den Salomonen und Vanuatu über Satellit zusammengeschaltet werden. Die Sender kommen von der HCJB-

Senderfirma in Elkhart, Indiana, die eine ganze Reihe von Sendermodellen aufgelegt hat.

Schon länger auf Sendung ist der Kurzwellensender der katholischen Bischofskonferenz. Das „Catholic Radio Network of Papua New Guinea“, das seit 2003 in mehreren Städten auf UKW sendet, hat im Sommer 2004 einen Kurzwellensender für die Flächendeckung bekommen. Seine Frequenz 4960 kHz liegt ganz in der Nähe des Senders der National Broadcasting Corporation, die auf 4980 kHz das Landesprogramm Karai ausstrahlt. (Email Dr. Hansjörg Biener 04.03.05)

Japan finanziert Radiosender

Mit japanischer Entwicklungshilfe sind fünf Regionalsender generalsaniert wurden. Mit einer Feierstunde am 14. April 2005 wurde die erste Phase eines Erneuerungsprogramms der „National Broadcasting Corporation“ abgeschlossen. Die Regionalsender in Vanimo, Lae, Kimbe, Goroka und Mount Hagen haben neue Sender und eine neue Studioausrüstung erhalten. Die Sender der zweiten Phase werden derzeit bestimmt.

Japan hat schon früher beim Auf- und Ausbau der Rundfunkinfrastruktur in Papua-Neuguinea geholfen. Während der Feierstunde nannte der japanische Botschafter Katsuo Yamashita dies einen Beitrag zur Völkerverständigung. (The National 15.04.05, Email Dr. Hansjörg Biener 23.04.05)

BERGBAU / FISCHEREI

MCC kauft 85 % an Mine

Die halbstaatliche chinesische Minengesellschaft „China Metallurgical Construction Company“ (CMCC) hat 85 % an der in

der Madang-Provinz geplanten Ramu-Nickel-Mine gekauft. Das geht aus einem zwischen CMCC und Sam Akoitai, dem Bergbauminister von Papua-Neuguinea, Mitte März unterzeichnetem Vertrag hervor. Die restlichen 15 % Anteile an der Mine hält die einheimische Gesellschaft „Highlands Pacific“. Bereits vor einem Jahr hatte sich Premierminister Sir Michael Somare im Rahmen einer Dienstreise nach China mit der Minenbetreiberfirma CMCC geeinigt. CMCC wird rund 650 Millionen US Dollar in den Aufbau der Nickelmine investieren. Mit dem Bau der Mine soll noch in diesem Jahr begonnen werden. Die Firma erhofft sich für die zu erwartende 40-jährige Laufzeit der Mine jährlich einen Ausstoß von 33.000 Tonnen Nickel und 3.200 Tonnen Kobalt für den chinesischen Markt.

(Flash d'Océanie 01.04.05, http://www.kina.com.pg/docs/kc_20050401.pdf)

BOUGAINVILLE

Wahlen zum Autonomen Parlament

Zwischen dem 20. Mai und dem 2. Juni 2005 finden auf der Insel Bougainville erstmals Wahlen zum Repräsentantenhaus statt. Das Parlament zählt 39 Sitze. Eine Anzahl von Mandaten sind Frauen und ehemaligen Kämpfern der Sezessionisten vorbehalten. Das Land ist in 33 Wahlkreise aufgeteilt, die jeweils einen Abgeordneten in das Parlament entsenden werden (Mehrheitswahlsystem). Sechs weitere Abgeordnete werden auf Ebene der drei Regionen Bougainvilles gewählt. Insgesamt treten 288 Kandidatinnen und Kandidaten auf der zu Papua-Neuguinea gehörenden nördlichen Salomonen-Insel an: 235 kandidieren in den Einerwahlkreisen, 53 für die regional zu vergebenden Mandate. Die Eröffnungssitzung soll am 15. Juni 2005 abgehalten

werden. Das Autonome Parlament wird sodann einen Premierminister und eine Regierung wählen. Die Regierungsbildung soll bis Ende Juni abgeschlossen sein.

Fünf Kandidaten stellen sich für das Präsidentenamt zur Wahl. Der Präsident wird direkt vom Volk gewählt. Zur Wahl stellen sich:

- John Momis (Vorsitzender der New Bougainville Party, bislang Gouverneur von Bougainville und 34 Jahre Abgeordneter im Nationalen Parlament in Port Moresby, verhandelte zwischen Separatisten und der Zentralregierung; setzt sich für eine Fortführung des Autonomiestatuts ein);
- Joseph Kabui (ehemaliger Anführer der Bougainville Revolutionary Army, jetzt Vorsitzender der Bougainville People's Congress Party);
- James Tanis (aktuell Friedensminister von Bougainville und Vize-Präsident der Bougainville People's Congress Party, gründete im April 2005 das Bougainville Independence Movement; setzt sich für eine Integration des einstigen Separatisten-Führers Francis Ona in die Politik ein);
- Joel Banam (Vorsitzender des Leitana Ältestenrates, der während des Bürgerkrieges auf Seite der Nationalregierung stand);
- Bartholomew Kigina (aus Buin, Süd-Bougainville).

Insgesamt haben sich 122.200 Wählerinnen und Wähler in die Wahlregister eingetragen. Gefahr für einen friedlichen Ablauf der Wahlen geht von dem Rebellen-Führer Francis Ona aus, der sich von der Bougainville Revolutionary Army abgespalten hatte und das „Me'ekamui Movement“ gründete. Die angeblich gesplante Bewegung lehnt die Wahlen ab, da sie Bougainville als unabhängig

betrachtet. Berichten zufolge will die Gruppe die Wahlen nicht stören. Allgemein war es im Vorfeld der Wahlen nur zu kleineren Störungen gekommen.

Japan, Australien und der Commonwealth entsandten Wahlbeobachter nach Bougainville.

Info: Bougainville entspricht mit einer Fläche von 8.800 qkm der Hälfte der Größe des Bundeslandes Thüringen; die Einwohnerzahl beträgt rund 160.000. Zwischen 1988 und 1997 wurde die Insel Bougainville von einem Bürgerkrieg erschüttert, dem mehrere Tausend Menschen zum Opfer fielen. Ausgangspunkt war die seit 1972 in Betrieb befindliche Panguna-Tagebauminne gewesen, die zu erheblichen ökologischen Schäden und sozialen Verwerfungen (Landrechtsverletzungen, Zerstörung von Regenwald und landwirtschaftlicher Nutzflächen, Vergiftungen durch Abwässer und Abraum) beitrug.

Was mit Forderungen nach Entschädigungszahlungen der betroffenen Anwohner begann, eskalierte durch Sabotageakte. Die von der Zentralregierung in Port Moresby entsandten Militäreinheiten der Papua New Guinea Defence Forces (PNGDF) wurden der Lage nicht Herr und verstießen bei ihrem Vorgehen gegen die Aufständischen brutal gegen menschenrechtliche Grundsätze. Im Gegenzug formierte sich die Bougainville Revolutionary Army (BRA), die die PNGDF aus dem Minengebiet vertreiben konnte und den Tagebau stilllegte. Der gewaltsame Konflikt artete in einen Sezessionskrieg aus. Zur Unübersichtlichkeit der Lage trug die Bildung von Papua-Neuguinea-treuen Milizen bei. Erst 1998 wurde ein Waffenstillstand vereinbart. Im August 2001 unterzeichneten die Konfliktparteien das Bougainville Peace Agreement. Dieser Vereinbarung zufolge soll in

zehn bis 15 Jahren ein Referendum über die Unabhängigkeit stattfinden. Zuvor räumt die Zentralregierung in Port Moresby Bougainville eine interne Autonomie ein. Im Dezember 2004 billigte das papua-neuguineische Parlament die Verfassung für Bougainville und machte damit den Weg für Wahlen frei. Am 14. Januar 2005 fand in der Hauptstadt Bougainvilles, Arawa, eine feierliche Zeremonie zur Einführung des Grundgesetzes statt. (Artikel von Christoph Kohl. Quellen: <http://www.igr.gov.pg>, http://www.aph.gov.au/House/committee/jfadt/bougainville/bv_app_j.pdf, <http://news.bbc.co.uk>, <http://www.thecommonwealth.org>, <http://www.pm.gov.pg>, http://ecmi.de/cps/documents_bougainville.html, <http://www.dfat.gov.au/geo/png/index.html>

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

AUS DER ELC-PNG

Gedenken an erste Missionare in Madang

In Madang laufen die Vorbereitungen zum Gedenken an die ersten Missionare auf Hochtouren. 1886 hatten die ersten Rheinischen Missionare in der Gegend um Madang mit ihrer Arbeit begonnen. In die Feierlichkeiten sollen historische Orte mit einbezogen werden, wie z.B. die Bosa- und die Lalo-Gemeinde in Bugati südlich von Madang, aber auch Friedhöfe, auf denen ehemalige Missionare begraben sind, die an Krankheiten wie Malaria gestorben sind, oder die zu Opfern des 2. Weltkriegs wurden. (National 07.04.05)

Lutheraner trauern um den Papst

Bischof Dr. Wesley Kigasung hat der Römisch-Katholischen Kirche das tiefe Bedauern der ELC-PNG über den Tod von Papst Johannes Paul II. ausgedrückt. Er beschrieb den verstorbenen Papst als einen „Führer für jedermann, nicht nur für die Katholiken“. Der Papst habe sich um alle gekümmert und habe Frieden gebracht, wo immer er auch hinkam. In seiner Beileidsbekundung hob Kigasung die gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre als einen „Meilenstein“ für die Beziehungen zwischen Lutheranern und Katholiken besonders hervor. (National 08.04.05)

Keine Studienanfänger am MLS

Am Martin Luther Seminar (MLS) in Lae wird es dieses Jahr keine Studienanfänger geben. Bis zum Ende der Einschreibungsfrist hatte sich nur ein Bewerber angemeldet, der sein Studium nun um ein Jahr verschieben muss. Der Rektor, Dr. Zerajukec Kemung, führt das mangelnde Interesse auf die Auseinandersetzungen und die „üble Nachrede“ der letzten beiden Jahre zurück. Die Schwierigkeiten seien mittlerweile aber alle beigelegt und das Seminar habe seine normale Arbeit wieder aufgenommen. (Wantok Nr. 1601)

Lutherische Universität

Der Gouverneur der Morobe-Provinz hat versprochen, jedes Jahr einen bestimmten Betrag für die Gründung der ersten Lutherischen Universität des Landes bereitzustellen. „Wir wollen, dass die Universität im Jahr 2007 ihren Betrieb auf-

nimmt und wir wollen viele Pfarrer und Missionare sehen, die dort ihren Abschluss machen“, sagte Luther Wenge während der 33. Graduierungsfeier am Martin Luther Seminar in Lae. Den sieben Studienabgängern rief er zu: „Ihr seid eine ganz besondere Gruppe von Menschen, von Gott ausgewählt, um die gute Nachricht zu verbreiten. Es war Gott, der euch dazu berufen hat, seine Diener zu sein.“ Bischof Kigasung betonte in seiner Ansprache, in der Praxis würden nun eine ganze Reihe von neuen Herausforderungen auf die Absolventen warten. „Jetzt muss sich zeigen, ob sich das, was ihr im Seminar gelernt habt, auch im Alltag des Dienstes bewährt“, betonte er. *(National 14.04.05, Wantok Nr. 1605)*

Bischof Piso fordert Todesstrafe

Der Bischof der Gutnius Lutheran Church, David Piso, hat sich dafür ausgesprochen, in PNG die Todesstrafe einzuführen, um der wachsenden Kriminalität im Land Herr zu werden. „Wenn jemand auf einem öffentlichen Platz gehängt oder erschossen wird, wird den Leuten eine Lektion erteilt und sie werden sehr vorsichtig werden in dem, was sie tun. Gott hat dem Staat die Macht gegeben, das zu tun, was das Beste ist für die Stabilität und die Glaubwürdigkeit der Nation sowie für die Freiheit, die wir genießen. Gott hat dem Staat das göttliche Recht gegeben, das zu tun“. Er und seine Kirche seien äußerst besorgt über den völlig unkontrollierten Einsatz von Waffen in der Enga-Provinz und in anderen Teilen des Landes. Am weitesten verbreitet seien Maschinengewehre, mit denen sogar Hubschrauber und kleine Flugzeuge abgeschossen würden. *(Pacific Islands Report 06.04.05, National 07.04.05, Wantok Nr. 1604)*

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

Gratulation für Papst Benedikt XVI.

Premierminister Sir Michael Somare hat in seinem Gratulationsschreiben an Papst Benedikt XVI. betont, dass die Röm.-Kath. Kirche zahlreiche Herausforderungen zu bewältigen habe.

„Während wir Eurer Heiligkeit gratulieren, werden wir daran erinnert, dass die Katholische Kirche heute viele Herausforderungen zu bewältigen hat. Die Welt ist noch weit davon entfernt, von der Geißel des Krieges, der Armut, der Respektlosigkeit gegenüber dem Leben, von HIV/AIDS und vielen anderen sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten frei zu sein. Die Katholische Kirche war immer ein wegweisendes Licht, wenn es darum ging, diese Herausforderungen anzusprechen. Wir sind zuversichtlich, dass Sie fortfahren werden, die Kirche dahingehend zu leiten, dass sie in der ganzen weiten Welt gestärkt wird und an der Wahrheit Jesu Christi festhält“, betonte er. *(National 21.04.05)*

Waffenverbot gefordert

Die katholische Bischofskonferenz in PNG hat die Regierung aufgefordert, für Privatpersonen den Besitz von Waffen zu verbieten und eine Amnestie für alle zu gewähren, die während der ersten drei Monate des Verbots ihre Waffen abgeben. Im Südlichen Hochland rief Bischof Stephen Reichert alle kirchlichen Mitarbeiter dazu auf, Aufklärungskampagnen durchzuführen und die Leute dazu zu bewegen, ihre Waffen abzugeben. Ein guter symbolträchtiger Anlass dazu wären die Feierlichkeiten zum 50-

jährigen Bestehen der katholischen Kirche im Südlichen Hochland am 11. September 2005, meinte der Bischof. *(National 26.04.05 und 05.05.05, Wantok Nr. 1606)*.

...zum Wohle des Volkes

Der stellvertretende Bischof der Mt. Hagen Diözese, Douglas Young, rief die Menschen im Hochland dazu auf, das Wohl der Allgemeinheit vor Eigensucht und Habgier zu stellen, insbesondere wenn es um Kompensationsverhandlungen gehe. Es könne nicht angehen, Straßen, Schulen, Krankenhäuser oder andere öffentliche Einrichtungen zu schließen, nur um Kompensationsforderungen zu erzwingen, da dies die gesellschaftliche Entwicklung des Landes behindere und unmöglich mache. Bischof Young rief die Regierung auf, die nötige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, damit die Kirche ihre Dienste im Bereich des Gesundheits- und Bildungswesens zu den Menschen bringen könne. „Wir wollen kein Geld, aber wir wollen als gleichwertige Partner von der Regierung behandelt werden“, sagte er. *(National 10.03.05)*

Pfarrer und zwei Frauen getötet

Pfarrer Philip Enoch von den Siebenten Tags Adventisten und zwei Frauen aus dem Henganofi Distrikt im Östlichen Hochland PNG's kamen bei einem Stammeskampf ums Leben. Schon mehrmals gab es in dem seit über zwei Jahren andauernden Kampf intensive Friedensbemühungen, die aber bisher nicht von Erfolg gekrönt waren. *(National 02.03.05)*

Kirche und HIV/AIDS

„Komm zur Kirche und du bist geschützt“, rief Moses Kar, der regionale HIV/AIDS-Berater für den Norden PNG's, zahlreichen jungen Leuten in Kuruk im Westlichen Hochland zu. „Junge Leute, die nichts tun und nur ziellos herumhängen, sind sehr gefährdet durch das Virus. Darum engagiere dich irgendwo in der Kirche, sei ein guter Christ, treibe viel Sport und halte dich von gefährlichen Cliquen fern und du bist sicher“, gab er den Jugendlichen als Ratschlag mit.

Auch der Vorsitzende des PNG-Council of Churches, Tom Anayabere, rief bei einem ökumenischen Gottesdienst dazu auf, sich von Verhaltensweisen, Gruppen und Orten fernzuhalten, wo die Gefahr einer Infizierung durch HIV/AIDS sehr hoch sei. „Wir wissen nicht, wann es zu Naturkatastrophen kommt, die wir nicht kontrollieren können, aber ich möchte den Kirchen sagen, dass wir viel mehr tun müssen, um das Problem von HIV/AIDS in den Griff zu bekommen, das vor allem durch unser eigenes menschliches Fehlverhalten zu einer Katastrophe für unser Land wird. Darum rufe ich euch auf, Hurerei, Bordelle, Spielhöhlen und Saufgelage zu meiden.“ (National 31.03.05, Wantok Nr. 1597)

„Cowboy Town“

Die Kirchen in Kainantu im Östlichen Hochland haben sich zusammgefunden, um ihre Stadt zu verändern. „Wir wollen den Ruf Kainantus als ‚Cowboy Town‘ oder als ‚Stadt der Überfälle‘ verbessern“, sagte Lina Bebes, die die ökumenischen Aktivitäten koordiniert. In gemeinsamen Aktionen wurden Naturalien und Geld gesammelt für die Opfer des Vulkanausbruchs auf Manam Island. „Die Menschen waren sehr hilfsbereit und wir haben gesehen, dass Kainantu auch noch ein anderes Gesicht hat“, lobte sie

die breite Unterstützung aus der Bevölkerung. (National 05.05.05)

Kirche kämpft für Frieden und Harmonie

Die United Church im Südlichen Hochland PNG's hat sich zum Ziel gesetzt, Frieden und Harmonie in diese Provinz zu bringen. Pfarrer Markelo betonte bei einem Seminar für Friedensstifter, dass Geschosse und Gewehre nur Gewalt und Zerstörung brächten, „aber die Kraft des Evangeliums von Jesus Christus ist der echte Samen für Frieden und Harmonie“, fügte er hinzu. (National 03.03.05)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Kirchenführer setzt sich für Papua ein

Westpapua: Sofyan Yoman, der Präsident der Baptist Church in Westpapua, rief den indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono dazu auf, nicht die Augen vor den Menschenrechtsverletzungen in Westpapua zu verschließen. Yoman befürchtet, dass die australische Regierung sich nicht genügend für die Menschenrechte in Westpapua einsetzt. Er erwarte von internationalen Geldgebern, dass sie ihre Unterstützung an die Einhaltung von Menschenrechten koppelten. „Inzwischen haben die Militärs ihre Strategie geändert. Sie schießen nicht mehr direkt auf die Menschen, aber sie vertreiben sie in die Wälder, wo sie an Hunger und Krankheiten sterben“, sagte er. (smh-Newsletter 03.04.05)

PAZIFIK ALLGEMEIN

Kava-Hersteller wollen bei WTO klagen

Die Pfefferpflanze Kava (lat. *Piper methysticum*) steht im Zentrum eines Disputs bei der Welt handelsorganisation WTO. Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die Schweiz hatten Kavaprodukte verboten, nachdem Wissenschaftler einen Zusammenhang zwischen Leberschäden und Kavakonsum hergestellt hatten und den Tod von Leberkranken auf überdurchschnittlich hohen Konsum von Kava und kavahaltigen Produkten zurückführten. In weiteren Forschungen konnte dieser Zusammenhang jedoch nicht belegt werden. Das Einfuhrverbot in Europa führte zu einem Schaden von mindestens einer Milliarde US Dollar bei den vier führenden pazifischen Kava-exportierenden Ländern. Fiji, Tonga, Samoa und Vanuatu fordern nun einen finanziellen Ausgleich für ihre Verluste. Die Vereinigung der Kava-Hersteller unter dem Vorsitz des Fijianers Ratu Joe Nawalowalo stört es, dass das Einfuhrverbot seit dem Jahr 2000 immer noch gilt, obwohl Kava zwischenzeitlich als nicht gefährlich eingestuft wurde. Mit einer Klage bei der WTO erhoffen sich die Kava-Hersteller den finanziellen Ausgleich. Da nur Fiji Mitglied der WTO ist, soll eine Sammelklage eingereicht werden.

Die getrocknete und zerstoßene Wurzel der Kavapflanze wird mit Wasser angerührt und bei vielen Zeremonien im Pazifik in großer Runde getrunken. Die Wirkstoffe der Pflanze haben eine angstlösende, beruhigende und schmerzstillende Wirkung,

ähnlich der Wirkung von Johanniskraut. Eine Beeinträchtigung des Konsumenten beim Autofahren oder Führen von Maschinen, wie etwa unter Alkoholeinfluss, konnte nicht nachgewiesen werden. In Europa und den USA wurden Kava und kavahaltige Produkte in Apotheken und Reformhäusern als natürliches Beruhigungsmittel vertrieben. Der Widerruf der Zulassung durch das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) am 14. Juni 2002 hatte bundesweit Proteste ausgelöst, u.a. vom deutschen Bundesverband der Arzneimittelhersteller (BAH) und dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI). Auch die Phyto-Pharmakologen und Phytomediziner kritisierten das Verbot. Sie waren beim betreffenden Bescheid des BfArM völlig übergegangen worden. (<http://www.pressestext.at>, 23.08.02, 27.08.02, 08.04.03, 15.02.05)

Noni – eine Frucht erobert die Welt

Bereits Anfang April wurde in Tahitis südöstlichem Distrikt Mataiea, Französisch-Polynesien, eine Fabrikanlage zur Verarbeitung von Noni-Früchten in Betrieb genommen. Neben den Geschäftsführern von „Tahitian Noni International,“ John und Bryant Wadsworth, war auch der Präsident des französischen Überseeterritoriums, Oscar Temaru, anwesend. Die moderne Anlage im Wert von zwei Mrd. Pazifik-Francs (knapp 17 Mio. EUR), die sich über eine Fläche von 8.000 qm erstreckt, wurde vom US-amerikanischen Unternehmen Morinda errichtet. Die 50 Angestellten stellen Fruchtmark (zur späteren Verarbeitung zu Saft) und Samen (für Öl und Kosmetikprodukte) aus den Noni-Früchten her. Während bislang nur 600 Tonnen des Obstes monatlich verarbeitet werden konnten, sind es dank der

neuen Anlage nun 1.200 Tonnen.

Bereits heute leben in Französisch-Polynesien rund 1.000 Familien von den Einkünften aus Noni-Früchten und -Blättern. Auch im pazifischen Inselstaat Niue (s.u.) soll die Produktion von Noni-Saft ausgeweitet werden.

Die Noni-Frucht, botanisch „*Morinda citrifolia*“, ist in tropischen Regionen heimisch. Die Wildpflanze ist seit mehr als 2.000 Jahren in Australien, Fiji, Hawaii, Indien, Neuseeland, Malaysia, Tahiti und Vietnam bekannt, wo Früchte und Extrakte traditionell als Heilmittel verwendet werden.

Bei *Morinda citrifolia* handelt es sich um einen bis zu sieben Meter hohen Baum, der etwa 15 Jahre alt wird. Die Pflanze blüht das ganze Jahr und trägt ganzjährig Noni-Früchte. Diese Früchte sind etwa kirschgroß und reifen zwischen drei und sechs Monaten. Vor der endgültigen Reife muss Noni geerntet werden, um so das Herunterfallen der weichen, empfindlichen Früchte zu vermeiden.

Nach Auskunft der ernährungswissenschaftlichen Informations- und Dokumentationsstelle (NutrilInfo) an der Justus-Liebig-Universität in Gießen soll der Saft Krankheiten vorbeugen und „antibakteriell, schmerzlindernd, entgiftend, blutdrucksenkend, blutungsstillend, blutreinigend und physisch belebend wirken“. Dem Saft werden überdies konzentrationsfähige- und leistungssteigernde, die Wohlbefindlichkeit erhöhende, Wirkungen zugeschrieben. Diese positiven Wirkungen von Noni beruhten angeblich auf der Wirkung des Alkaloids Xeronin. Allerdings findet sich in einschlägigen wissenschaftlichen Fachpublikationen und Datenbanken keinerlei Hinweis auf diesen chemischen Stoff. Auch

seriöse Studien, „die eine Wirkung auf den Menschen belegen könnten, sind nicht bekannt“, so NutrilInfo.

In den Industriestaaten entwickelte sich in den vergangenen Jahren ein wahrer Rummel um die Noni-Frucht. Aus dem Obst gewonnene Produkte (Saft, Kapseln, Kosmetik usw.) werden unter Verweis auf die angeblich gesundheitsfördernden Wirkungen kommerziell vertrieben.

In Deutschland galt bis vor wenigen Jahren ein Verkehrsverbot für Noni-Produkte, da das Zulassungsverfahren laut Sachverständigenkommission Neuartige Lebensmittel keine „ausreichende Grundlage für die Beurteilung der gesundheitlichen Unbedenklichkeit des Produktes“ ergeben hatte, so das beim Bundesministerium für Verbraucherschutz angesiedelte Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR). Strittig war auch, ob es sich bei Noni-Produkten um Nahrungs- oder Arzneimittel handelte. Erst am 5. Juni 2003 erließ die Europäische Kommission eine Genehmigung des Inverkehrbringens von Noni-Saft (Aktenzeichen K[2003]1789) als Lebensmittelzutat in Fruchtsäften. Den Antrag hatte Morinda im April 2000 in Belgien gestellt. (Artikel von *Christoph Kohl*. Quellen: <http://www.bgvv.de>, <http://www.nutriinfo.de>, <http://www.tahitiannoni.com>)

Verstrahlte Bewohner fordern Aufklärung

Nach vielen Jahren des Schweigens melden sich die Bewohner der Insel Mangareva im Osten Französisch-Polynesiens zu Wort und fordern die Aufklärung der durch die oberirdischen Atomtests in den 1960er und 70er Jahren auf ihrer Insel verursachten Strahlenschäden. Während die dem langjährig regierenden pro-

französischen Präsidenten Gaston Flosse hörige lokale Elite der Insel dazu schwieg, scheint der Regierungswechsel in Tahiti das lange Schweigen in diesem abgelegenen Teil des Landes endlich zu brechen.

Mitte April veröffentlichte Mangarevas langjähriger Ex-Bürgermeister Lucas Paeamara (Amtszeit 1977-2001, *Tahoeraa*) seinen autobiographischen Roman *Mangareva taku akareere* (Mangareva, meine Liebe), in dem er die katastrophalen Auswirkungen des Atomtestszentrums auf seine Inselgemeinschaft beschreibt, vom skandalösen Verhalten der französischen Fremdenlegionäre gegenüber den Mangarevanerinnen bis hin zu den zahlreichen durch radioaktiven Fallout verursachten Krankheiten.

Einen Monat später trat die Atomtestopfervereinigung *Moruroa e Tatou* am 17. Mai an die Öffentlichkeit und präsentierte mehrere ihr vorliegende klassifizierte Dokumente des französischen Militärs, die eine starke Verstrahlung Mangarevas durch den ersten oberirdischen Atomtest am 2. Juli 1966 bestätigen. *Moruroa e Tatou* zufolge war der in den Dokumenten belegte radioaktive Fallout auf Mangareva 140 mal so stark wie in der verbotenen Zone von Tschernobyl. Dennoch ergriffen die Militärs keinerlei Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung, sondern spielten die Gefahren sogar bewusst herunter, um das Vertrauen der Insulaner nicht zu verlieren.

Der Vorsitzende von *Moruroa e Tatou*, Roland Oldham, sagte, die Bevölkerung Mangarevas habe jetzt genügend Beweismittel in der Hand, um den französischen Staat auf Entschädigungen zu verklagen. Durch die Offenlegung der Dokumente könnten sich die Einwohner der Insel jetzt endlich erklären, warum es bei ihnen eine außergewöhnlich hohe Kindersterblich-

keit und sich häufende Fehlgeburten gab.

Mit Unterstützung der Opfervereinigung sowie der französischen Organisation *Observatoire des armes nucléaires* (Obsarm, Lyon) forderte die Bevölkerung Mangarevas, angeführt von Bürgermeisterin Monique Labbeyi-Richeton (*Tahoeraa*), daraufhin beim französischen Verteidigungsministerium die Offenlegung aller relevanten Dokumente ein. Letzteres reagierte auf die Enthüllungen mit der lapidaren Erklärung, es seien während der Atomtests genügend Maßnahmen zum Schutz aller Einwohner der umliegenden Inseln getroffen worden.

Am 27. Mai schließlich forderte Ex-Präsident Gaston Flosse, der selbst aus Mangareva stammt, aber bislang stets die Atompolitik Frankreichs ohne Abstriche verteidigt hatte, in der Versammlung Französisch-Polynesiens die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, um Klarheit über mögliche gesundheitliche Auswirkungen der oberirdischen Atomtests auf die Bevölkerung Mangarevas zu schaffen. Flosse meinte, er sei bislang stets von der Kompetenz des französischen Militärs überzeugt gewesen, aber die von *Moruroa e Tatou* vorgebrachten Hinweise auf gesundheitliche Probleme erforderten eine neue Überprüfung der Situation.

Info: Mangareva (gemeinsam mit mehreren Nebeninseln auch Gambier-Inseln genannt) ist die abgelegenste der äußeren Inseln Französisch-Polynesiens. Sie liegt etwa 2.000 km südöstlich von Tahiti und 400 km östlich des Atomtestatolls Moruroa. Die Insel hat eine eigenständige Sprache und Geschichte. Sie wurde 1881 von Frankreich annektiert und nach dem Zweiten Weltkrieg Teil des Überseeterritoriums Französisch-

Polynesien. Die Gemeinde Mangareva zählt heute etwa 800 Einwohner. (Artikel von Lorenz Gonschor. Quellen: *Tahitipresse*, *Tahiti Pacifique Magazine*)

PCRC unter neuer Führung

Der Vorstand der Bewegung für einen unabhängigen und nuklearfreien Pazifik (Nuclear Free and Independent Pacific, NFIP) hat Frau Tupou Vere zur neuen Direktorin seines Sekretariats, des Pacific Concerns Resource Centre (PCRC), ernannt. Bereits im Juli letzten Jahres war Vere kommissarisch zur Direktorin ernannt worden, nachdem die bisherige Direktorin, die Ni-Vanuatu Motarilavao Hilda Lini (erfolglos) für die Wahlen in Vanuatu kandidiert hatte. Frau Vere wurde auf drei Jahre berufen. Sie ist die erste Fijianerin in dieser Position seit der Gründung des PCRC im Jahr 1975. Vere begann ihre Arbeit bei PCRC im Jahr 2000 als stellvertretende Direktorin im Bereich „Sustainable Human Development“. Seit 1985 war sie in verschiedenen fijianischen Nichtregierungsorganisationen aktiv, u.a. beim YWCA und dem National Council of Women. Vere studierte Verwaltung und Soziologie an der Universität des Südpazifiks in Fiji. (Pressemitteilung PCRC 25.05.05)

Preise für pazifische NROs

Sechs pazifische Nichtregierungsorganisationen (NRO) sind Ende Februar mit dem fünften „Pacific Human Rights Award“ (pazifischer Menschenrechtspreis) für ihren Einsatz zur Wahrung der Menschenrechte auf Gemeindeebene ausgezeichnet worden. Die Preise wurden sowohl länderspezifisch als auch gesamt pazifisch vergeben. Den ersten Preis für den gesamten Pazifik erhielt die in Jayapura ansässige Organisation ELSHAM, das

Institut für das Studium und die Bewahrung der Menschenrechte in der indonesischen Provinz Westpapua. ELSHAM-Koordinator John Rumbiak hält sich wegen der akuten Bedrohung seines Lebens zur Zeit im Ausland im Exil auf.

Den zweiten Preis bekam der „National Peace Council“ auf den Salomon-Inseln. Mit dem dritten Preis wurde die „Pacific Islands AIDS Foundation“ geehrt. Die Preisvergabe erfolgte in Fiji durch den Sponsor, das „Development Programme's Regional Rights Resource Team“ der Vereinten Nationen.

Den ersten Länderpreis in Fiji bekam die fijianische „AIDS Task Force“, eine NRO, die sich für die Versorgung AIDS-Krankter mit anti-retroviralen Medikamenten einsetzt sowie der gesellschaftlichen Diskriminierung AIDS-Krankter entgegenwirkt. Die „Legal Aid Commission“ und die „Fiji Disabled People's Association“ folgten auf den Plätzen zwei und drei. (Fiji Times 27.02.05, Pacific Media Watch 01.03.05)

BRENNPUNKT INDONESIEN

5. Solidaritätstreffen zu Westpapua

Vom 29. April bis zum 1. Mai fand in Manila (Philippinen) das Fünfte Internationale Solidaritätstreffen zu Westpapua statt. Waren die bisherigen Treffen der internationalen Solibewegung in europäischen und pazifischen Ländern ohne Zwischenfälle vonstatten gegangen, nutzte die indonesische Regierung die räumliche Nähe zu Manila zu Einschüchterungs- und Bedrohungsversuchen. Der philippinische Gastgeber „Initia-

tive for International Dialogue“ sowie die Universität von Manila gingen auf die indonesischen Forderungen, das Treffen zu untersagen, jedoch nicht ein.

Die Teilnehmer des Treffens verfassten einen Abschlussbericht mit diversen Forderungen an die indonesische Regierung. So forderten sie u.a. die sofortige Freilassung aller papuanischen politischen Häftlinge, die stärkere Unterstützung von Frauengruppen sowie die Bestrafung von Akten häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder. Die Solibewegung sprach sich auch dafür aus, Westpapua zu einer „Zone des Friedens“ zu erklären. (Manila Statement 01.05.05)

Westpapua fordert Autonomie

Bei einer Pressekonferenz Anfang Juni in Bonn forderten das West Papua-Netzwerk und der SÜDWIND e.V. von der indonesischen Regierung eine umfassende Reform der Verwaltung der Provinz Westpapua. Ohne eine konsequente Umsetzung des zugesagten Autonomiegesetzes sowie die Beendigung der andauernden Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte wird Papua nicht zur Ruhe kommen.

In den vergangenen Wochen hat es in Westpapua immer wieder Unruhen gegeben, bei denen viele Menschen verprügelt und verhaftet wurden. „Weiter verschärft wurden die schwelenden Spannungen durch ein Gerichtsurteil Anfang letzter Woche“, so Uwe Hummel, Koordinator des West Papua-Netzwerkes. „Die Menschenrechtler Filep Karma und Yusak Pakage wurden zu 15 und 10 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie am 1.12.2004 die Fahne Westpapas gehisst hatten. Die Menschen in Papua sind empört, dass sie für ein solches ‚Verbrechen‘ zu langjährigen Strafen verurteilt wer-

den können, während beispielsweise die Soldaten, die am 10.11.2001 mit Theys Eluay einen der Anführer der Papua ermordeten, nur zu Strafen von zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurden“.

Für den Ökonomen und Menschenrechtler Agus Sumule ist dies nur ein Vorfall unter vielen: „Die indonesische Regierung war jahrzehntlang nicht bereit, die eigenständige Kultur der Papua und deren Streben nach Freiheit anzuerkennen. Den Menschen in Westpapua werden grundlegende Rechte vorenthalten. Seit die Provinz in den 1960er Jahren durch ein umstrittenes Verfahren zu Indonesien kam, gab es immer wieder schwerste Menschenrechtsverletzungen. Schätzungen gehen von bis zu 100.000 Opfern bei Kämpfen und durch Übergriffe der Sicherheitskräfte aus.“

Der Besitz Westpapas ist von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung für Indonesien: In dieser Provinz lebt zwar nur ein Prozent der Bevölkerung Indonesiens, doch sie umfasst 22 Prozent der gesamten Fläche des Staates. Zudem werden dort Bodenschätze – Kupfer, Gold, Silber, Öl, Gas – abgebaut oder gerade erschlossen. Dies sei jedoch nur ein Teil des Problems, meinte Friedel Hütz-Adams von SÜDWIND: „Neben den legalen Geschäften werden in Westpapua beispielsweise jährlich Millionen Kubikmeter Holz illegal eingeschlagen und exportiert. Hochrangige Politiker, Polizeioffiziere und Militärs sind in die Geschäfte verwickelt und einige von ihnen nutzen die andauernden Unruhen, um unbeobachtet agieren zu können. Ein kleiner Teil des Holzes endet vermutlich auch auf dem deutschen Markt.“

Die meisten Papua blieben trotz des Erlöses aus dem Rohstoffabbau arm und arbeitslos, ihr Gesundheits- und ihr Schulwe-

sen sind teilweise in einem katastrophalen Zustand. Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, dass die Papua ein freies, eigenständiges Westpapua schaffen wollen, viele fordern sogar einen selbständigen Staat. Der weitere Weg Westpapas wird davon abhängen, ob die indonesische Regierung ihre Versprechen und ihre eigenen Gesetze – darunter die 2001 zugesagte Sonderautonomie – umsetzt, die Übergriffe des Militärs beendet und die Korruption eindämmt. *(Pressemitteilung West Papua-Netzwerk 03.06.05)*

TIMOR-LESTE

Neue UN-Mission: UNOTIL Nachfolger von UNMISSET

Am 28. April 2005 nahm der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) auf Gesuch des osttimoresischen Ministerpräsidenten Mari Alkatiri die Resolution 1599 (2005) an, mit der die Sondermission „Büro der Vereinten Nationen in Timor-Leste“ (UNOTIL) gegründet wurde. Die Mission ist vorerst befristet bis zum 20. Mai 2006. UNOTIL tritt die Nachfolge der im Mai 2002 eingerichteten „Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Osttimor“ (UNMISSET) an, deren Mandat zum 20. Mai 2005 abgelaufen ist. Die militärische Komponente von UNMISSET endet erst zum 30. Juni 2005. Die Kosten für UNMISSET belaufen sich für den Zeitraum von Januar 2004 bis Juni 2005 auf 85,2 Mio. US-Dollar. Die Mission umfasst die Entsendung von 120 Zivil-, Polizei- und Militärberatern sowie zehn Menschenrechtsbeamten.

Ein gravierender Schwachpunkt der neuen Mission ist jedoch, dass die Resolution keinerlei

Verpflichtung zur Fortführung der Aufarbeitung schwerer Menschenrechtsverletzungen in dem südostasiatischen Land beinhaltet. Der Sicherheitsrat entsprach zudem einer Bitte des UN-Generalsekretärs nach Einrichtung einer 144-köpfigen Sicherheitstruppe zur Bewachung des indonesisch-osttimoresischen Grenzgebietes nicht. Hintergrund scheinen finanzielle Erwägungen der Vereinigten Staaten, die ein Viertel der Kosten der UN-Friedensmaßnahmen begleicht, sowie ein generelles Desinteresse an Timor-Leste zu sein.

Im Vorfeld und im Anschluss an das Unabhängigkeitsreferendum vom 30. August 1999 hatten indonesientreue Milizen und das indonesische Militär, das Timor-Leste seit 1975 besetzt gehalten hatte, das Land mit einer Einschüchterungs-, Zerstörungs- und Gewaltwelle überzogen, nachdem sich ein Sieg des Pro-Unabhängigkeitslagers abzeichnete. Mit den Resolutionen 1264 und 1272 (1999) hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen daraufhin die Anklage der Verantwortlichen für diese massiven Menschenrechtsverletzungen gefordert. Die Einrichtung einer Abteilung für schwere Verbrechen und von Sondergruppen für schwere Verbrechen folgte. Obwohl die Abteilung am 17. Dezember 2004 die letzte Anklageschrift verfasste, ist die Arbeit bei weitem noch nicht abgeschlossen. Die Sondergruppen versuchten, sämtliche anhängigen Verfahren bis zum 20. Mai 2005 abzuschließen.

UN-Generalsekretär Kofi Annan bemängelte in seinem jüngsten UNMISSET-Fortschrittsbericht dann auch den vom Sicherheitsrat gesetzten engen Zeitrahmen, der eine umfassende juristische Aufarbeitung verhindern würde. Ohnehin war der Prozess durch Indonesien untergraben worden, weil es die Auslieferung von rund 300 der fast 400

Angeklagten verweigerte. Kein Mitglied der indonesischen „Sicherheitskräfte“ stand vor Gericht. Die von den Regierungen Timor-Lestes und Indonesiens eingerichtete bilaterale Wahrheits- und Freundschaftskommission ist weitgehend machtlos.

Obgleich sich das Land selbst sowie die Beziehungen zu Indonesien in den letzten zwei Jahren wesentlich stabilisiert haben, ist Timor-Leste nach wie vor geprägt von einer instabilen Sicherheitslage. Eine weitere Bedrohung stellen ehemalige Milizangehörige dar, die aus der indonesischen Provinz Westtimor einsickern. Zuletzt kam es im Januar und Mitte April zu Feuergefechten an der Grenze. Mitte Mai 2005 teilte die Regierung Timor-Lestes mit, dass sie die Sicherheit des im Land stationierten internationalen Personals nicht garantieren könne. Der Abzug der Militärberater habe negative Auswirkungen auf die Sicherheitslage zur Folge, auch auf jene des UN-Personals, so ein Bericht des UN-Generalsekretärs. Portugal erklärte sich am 17. Mai bereit, 30 Polizisten zur Unterstützung der osttimoresischen Streitkräfte bereitzustellen. *(Artikel von Christoph Kohl. Quellen: <http://www.gov.east-timor.org>, <http://www.pm.gov.tp>, <http://www.mfac.gov.tp>, <http://www.timorseaoffice.gov.tph>, <http://www.w.turismotimorleste.com>, <http://www.unmiset.org>, <http://www.jsmp.minihub.org>)*

Vertrag mit Australien soll Ausbeutung der Öl- und Gasvorkommen regeln

Wie der australische Außenminister Alexander Downer am 30. Mai 2005 vor dem Parlament in Canberra verlautbaren ließ, steht die Unterzeichnung eines Abkommens mit Timor-Leste über die gemeinsame Ausbeutung der Erdöl- und Erdgasreserven in der Timor-See unter Führung des australischen

Woodside-Konzerns kurz bevor Timor-Leste wird die Hälfte der Erlöse aus dem Greater Sunrise-Feld erhalten. Wie Downer mitteilte, könnte dies bis zu 5 Mrd. Australische Dollar (ca. 3 Mrd. EUR) in die Kassen Timor-Lestes spülen. Die Entscheidung über die Festlegung der gemeinsamen Seegrenze wird für 50 Jahre ausgesetzt. Ursprünglich waren 99 Jahre vorgesehen. Timor-Leste, das erkannt hat, dass es mit der Weiterverarbeitung des Rohöls langfristig besser fahren würde (Einkünfte, Arbeitsplätze), wird demnach im Gegenzug seine Ausschreibung für den Aufbau einer Raffinerie zurückziehen. Australien soll Timor-Leste beim Aufbau einer Ölindustrie im Wert von mehreren Mrd. Dollar behilflich sein.

Nach aktuellen Schätzungen beläuft sich der Gesamtwert der Gas- und Ölreserven in der Timor-See zwischen Australien und Timor-Leste auf rund 40 Mrd. Australische Dollar (ca. 25 Mrd. EUR). Fürsprecher Timor-Lestes betonen, dass dem kleinen armen südostasiatischen Land täglich eine Mio. Australische Dollar durch die für das Land ungünstige Feldaufteilung entgehen werden. Die gegenwärtigen Seegrenzen gehen zurück auf eine australisch-indonesische Vereinbarung von 1972. Nur ein kleiner Abschnitt der Grenze zwischen Timor-Leste und Australien blieb strittig (sog. „Timor Gap“), da Portugal keinen Vertrag über die Seegrenzen mit den Nachbarstaaten geschlossen hatte. Portugal hat die australisch-indonesische Grenzziehung nie anerkannt. Australien lehnte jedoch eine Beilegung des Disputs vor dem Internationalen Gerichtshof ab.

Ende 2004 vergab Timor-Leste zum ersten Mal Lizenzen für die Erforschung der Felder in osttimoresischen Gewässern. Die letzten Untersuchungen von Lagerstätten fanden noch zu

Zeiten der portugiesischen Kolonialherrschaft vor 1975 statt. Bis Ende 2005 sollen die ersten Lizenzen zur Ausbeutung der Reserven vergeben werden. (Artikel von Christoph Kohl, Info: <http://www.timorseaoffice.gov.tp>)

BERICHTE AUS DEN INSELSTAATEN

MELANESIEN

Keke zu lebenslänglich verurteilt

Salomonen: Rebellenführer Harold Keke von der selbsternannten „Guadalcanal Liberation Front“ und seine beiden Mitangeklagten Ronnie Cawa (24) und Francis Lela (22) sind wegen Mordes an Minister Augustin Geve, einem katholischen Priester, im August 2002 zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Die drei Täter hatten den Minister für Jugend und Sport an einen Strand der Weathercoast im Süden der Insel Guadalcanal gelockt und ihn dort erschossen. Vor Gericht begründete der 34-jährige Keke den Mord an Father Geve mit den Worten, der Minister „habe seinem Volk nicht gut gedient und Versprechen gebrochen“. Keke und seine Mittäter hatten den Mord zunächst nicht gestanden und auf „unschuldig“ plädiert. Der zuständige Richter sagte in seiner Urteilsbegründung, Keke habe „ein menschliches Leben sinnlos vergeudet“. Der Prozess gegen Keke hatte sechs Wochen gedauert. Weitere Morde, die Keke zwar nach allgemeinem Wissen begangen hat, konnten nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden, so dass die Urteilsbegründung sich nur auf den Fall Geve bezog.

In einer ersten Reaktion auf das Urteil sagte der neuseeländi-

sche Außenminister Phil Goff, das Urteil gäbe den Menschen an der Weathercoast den Glauben an die Rechtstaatlichkeit der Salomonen wieder. Es könne der Bevölkerung Mut machen, in Prozessen gegen andere Straftäter auszusagen, um das vergangene Unrecht aufzuarbeiten. Goffs Kollege, der australische Außenminister Alexander Downer, sagte, der Prozess habe gezeigt, dass niemand auf den Salomonen über dem Gesetz stünde und jedem ein fairer Prozess zugestanden werde.

Harold Keke, ein ehemaliger Polizist, war im August 2003 von Mitgliedern der multilateralen Einsatztruppe RAMSI (Regional Assistance Mission to the Solomon Islands) verhaftet worden. (Flash d'Océanie und BBC 18.03.05, www.foreignminister.gov.au/releases/)

Japan unterstützt Fischerei-Industrie

Salomonen: Die japanische Regierung hat den Salomonen einen Zuschuss über 9,6 Millionen US Dollar zum Wiederaufbau der kränkelnden Thunfischindustrie gewährt. Das Abkommen über die finanzielle Zuwendung unterzeichneten der Premierminister der Salomonen, Sir Allen Kemakeza, und der japanische Charge d'affaires, Seine Exzellenz Katshuhiko Kubo. Die einheimische Firma SOLTAL Fishing and Processing Limited (SFPL), ein joint venture der salomonischen Regierung mit der Provinzregierung der Western Province, soll im Zuge der finanziellen Unterstützung zwei Langleinenboote, zwei Beiboote sowie diverse Materialien und Zubehör zum Tiefseefischfang erhalten. Japan erhoffe sich eine Wiederbelebung des Fischfangs der Salomonen, es handle sich dabei immerhin um einen großen Teil der Wirtschaftskraft des Landes, erklärte Kubo. Eine

nachhaltige Bewirtschaftung der Ressource Fisch sei im japanischen Interesse, betonte Kubo, der zugleich die langjährigen engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Salomonen und Japan hervorhob. (<http://www.atuna.com>, 09.03.05)

Sendestart von Radio Don Bosco

Salomonen: Am 27. Februar 2005 nahm Radio Don Bosco 89.9 FM auf Tetere Island den Betrieb auf. Unter dem Motto „Building community, Empowering people“ (Gemeinschaft aufbauen, Menschen stark machen) soll „Radio Don Bosco“ als Nachbarschaftssender Bildungs- und Gesundheitsfragen, soziale Themen und die Anliegen von Jugendlichen und Frauen in den Vordergrund stellen.

Die Nachrichten und aktuelle Programme kommen vom staatlichen Sender „Solomon Islands Broadcasting Corporation“. Das Studio ist in der Nähe eines Jugendzentrums der Salesianer. „Die beim Aufbau erfahrene Gemeinschaft war eine große Bereicherung“, so Fr. Ambrose Pereira sdb. Der Mediendirektor der katholischen Diözese von Honiara hofft, dass man darauf auch künftig vertrauen kann. Das Projekt konnte nur mit Hilfe von Spenden und gespendeten Arbeitsstunden verwirklicht werden. Der nicht-kommerzielle Sender wird auch weiterhin auf Spenden angewiesen sein.

Sowohl die Insel Guadalcanal als auch die zu Papua-Neuguinea gehörende größte Salomonen-Insel Bougainville erlitten durch Bürgerkriege erhebliche Rückschläge in der Entwicklung des Mediensektors. In der letzten Dekade ist die ohnehin alternde Infrastruktur der Solomon Islands Broadcasting Corporation so heruntergekommen, dass jahrelang keine Flächendeckung mehr erreicht wurde. Sie wird derzeit

mit ausländischer Entwicklungshilfe wiederhergestellt. (E-mail Dr. Hansjörg Biener 04.04.05, <http://www.biener-media.de>)

Messstation überwacht Meeresspiegel

Neukaledonien: Mitte April haben die Lokalregierung des französischen Überseeterritoriums Neukaledonien, der französische Botschafter und Mitarbeiter des französischen Forschungszentrums für die Entwicklung IRD (Institut de recherche pour le développement) eine Messstation zur Überwachung des Meeresspiegels nahe der neukaledonischen Hauptstadt Nouméa eingeweiht. Die Messstation wird gemeinschaftlich von Mitarbeitern des IRD, einheimischen Forschern und Mitarbeitern des Referats für Hydrogeographie und Ozeanographie der französischen Armee betrieben. Neukaledonien ist das erste französische Gebiet im Pazifik mit einer derartigen Messstation. Mutterland Frankreich verfügt an seinen Küsten über 22 Stationen. Die Messwerte sollen täglich Auskunft geben über Veränderungen im Meeresspiegel, um längerfristig Aussagen über Tsunamis und den befürchteten Anstieg des Meeresspiegels aufgrund des globalen Klimawandels treffen zu können. Die Daten werden übermittelt in die französische Hafenstadt Brest, wo Frankreichweit alle Messdaten zusammenlaufen und analysiert werden.

Das französische IRD entwickelt und fördert wissenschaftliche Projekte in tropischen Zonen zu den Beziehungen zwischen Menschen und ihrer Umwelt. Seit 1946 arbeitet das IRD in Nouméa. (*Oceania Flash* 22.04.05, <http://www.ird.nc>)

MIKRONESIEN

Verbot chemischer Waffen

Palau: In seiner zweiten Amtszeit hat der palauanische Präsident Tommy Remengesau Jr. sein Wahlversprechen eingelöst, mit der Unterzeichnung weiterer wichtiger Abkommen die Umwelt der mikronesischen Republik zu schützen. Der Senat verabschiedete das Gesetz über das Verbot chemischer Waffen. Das Gesetz Nummer 7-22 (Chemical Weapons Prohibition Act) soll zum besseren Schutz der Umwelt und der Menschen beitragen.

Mit dem Prohibition Act werden die Vorgaben der Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung chemischer Waffen (engl. Convention on the Prohibition of the Development, Production, Stockpiling and Use of Chemical Weapons and on their Destruction) implementiert. Die Konvention trat am 5. März 2003 in Palau in Kraft. Mit dem Gesetz treten Neuregelungen in Kraft. So wird zukünftig ein Verstoß gegen die Konvention mit lebenslanger Haftstrafe und/oder einer Geldbuße von einer Million US Dollar bestraft. Das Gesetz stellt auch den Gebrauch chemischer Waffen bei Militäreinsätzen in Strafe sowie das Anstiften zum Handel und zur Lagerung von chemischen Waffen. Internationale Waffeninspektoren haben ab sofort das Recht auf unangekündigte Überprüfungen der Einhaltung der Konvention. (*Palau Horizon* 18.05.05, <http://www.opcw.org>)

POLYNESIEN

Premierminister im Amt bestätigt

Niue: Eine Woche nach den Parlamentswahlen in Niue wurde Premierminister Young Vivian am 12. Mai 2005 von den Abgeordneten wieder gewählt.

Der 1936 geborene frühere Lehrer Mititaigimimene Young Vivian trat das Amt des Premierministers im Mai 2002 an, nachdem seine damalige Partei, die Niue People's Party (NPP), die Wahlen für sich entschieden hatte. Seit 1969 ist Vivian in der Politik und war seit 1974 mehrfach Minister. Nach dem Tod des langjährigen Ministerpräsidenten Sir Robert Rex hatte Vivian Young das Amt von Dezember 1992 bis März 1993 bereits kommissarisch ausgeübt. Erfahrung auf dem internationalen Parkett sammelte Young Vivian zwischen 1979 und 1982 als Generalsekretär der South Pacific Commission (heute: Pacific Community) in Nouméa, Neukaledonien.

Die Wiederwahl Vivians erfolgte eine Woche nach den regulären Wahlen zur zwanzig Sitze zählenden Niue Assembly. 14 Abgeordnete werden in Einerwahlkreisen (Mehrheitswahlsystem) gewählt, die restlichen sechs Mandate werden per Verhältniswahl vergeben. 17 Abgeordnete gehörten auch der vorangegangenen Assembly an. Erhielt Vivian 2002 14 Stimmen, konnte er sich dieses Mal mit den Stimmen 17 unabhängiger Abgeordneter gegen seine Herausforderin O'Love Jacobson durchsetzen. Zeitgleich wurde der Parlamentspräsident, Atapana Siakimotu, bestätigt.

Innerhalb einer Woche musste Vivian sein neues Kabinett vorstellen. Die bereits im alten Kabinett vertretenen Minister Bill Vakaafi Motufoou und Fisa Pihigia behielten ihre Portfolios (Landwirtschaft und Fischerei bzw. Gesundheit und Gemeindeangelegenheiten). Neu am Kabinetttisch ist Frau Tukuitoga, die das Bildungs- und Kul-

turressort übernimmt. Für den nicht wieder berufenen Finanzminister Toke sucht Vivian noch Ersatz.

Die neue Regierung steht vor vielfältigen Aufgaben und Problemen: Niue ist von neuseeländischen Hilfszahlungen abhängig; die Tourismus-Industrie ist im Zuge des Zyklons Heta, der die Insel im Januar 2004 verwüstet hatte, und eines schlechten Politikmanagements zusammengebrochen. Die wöchentliche Fluganbindung nach Neuseeland ist dem Fremdenverkehr abträglich. Nach wie vor ist der öffentliche Sektor der größte Arbeitgeber. Infrastrukturmaßnahmen (Verkehr, Krankenhaus, öffentliche Gebäude) sowie Projekte zur ökonomischen Entwicklung Niues stehen auf der politischen Agenda. Noni-Saft – hergestellt aus der gesundheitsfördernden Noni-Frucht (lat. *Morinda citrifolia*) – könnte sich als niueanischer Exportschlager erweisen. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich aus leer stehenden, verfallenden Häusern ausgewanderter Insulaner. Eine Vereinbarung zwischen Niue und Neuseeland im Rahmen eines Kooperationsprogramms wird in Kürze erfolgen.

Info: Das nur rund 260 qkm und 1.200 Einwohner zählende Niue ist seit 1974 ein mit Neuseeland assoziierter souveräner Staat. Das 2.600 km südwestlich gelegene Neuseeland nimmt die Außen- und Sicherheitspolitik Niues wahr. In den vergangenen Jahrzehnten wanderten viele Niueaner/innen auf der Suche nach Arbeit und Wohlstand nach Neuseeland aus. (Artikel von Christoph Kohl, Quellen: <http://www.niuegov.com> <http://www.niuenews.nu>)

Wegen Homosexualität verurteilt

Fiji: Ein australischer Tourist und ein indo-fijianischer Sexar-

beiter sind wegen homosexueller Handlungen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der 55-jährige pensionierte Lehrer Thomas McCoskar und der 23-jährige Inder Dharendra Nandan waren angeklagt, während eines 14-tägigen Ferienaufenthaltes von McCoskar in Nadi, Geschlechtsverkehr gehabt zu haben. Der zuständige Richter Syed Muhktar Shah verurteilte die beiden Homosexuellen scharf und sagte McCoskar, wenn er sich mit kleinen Jungs vergnügen wolle, solle er das bitte in seinem Heimatland Australien tun und dafür keine Fijianer „ausbeuten“. McCoskar erklärte, er habe nicht gewusst, dass Homosexualität in Fiji unter Strafe stünde. McCoskar hatte Nandan für seine sexuellen Dienste bezahlt. Als Nandan mehr Geld von dem australischen Touristen forderte, dieser der Forderung jedoch nicht nachkam, stahl Nandan aus McCoskars Geldbörse 1.500 AUS Dollar.

Nach fijianischem Gesetz können homosexuelle Handlungen mit einem Freiheitsentzug von bis zu 14 Jahren bestraft werden. (Tahitipresse 05.04.05, Fijilive, 06.04.05)

Zuckerindustrie in schlechter Position nach WTO-Entscheidung

Fiji: Die Entscheidung der Welthandelsorganisation (WTO) von Ende April 2005, die europäischen Subventionszahlungen an Zucker produzierende Staaten herunterzufahren, trifft auch fijianische Zuckerhersteller. Bislang profitierte der pazifische Inselstaat von den Subventionen der Europäischen Union, erlaubten diese doch der heimischen Industrie, den Zucker zum zwei- bis dreifachen des regulären Weltmarktpreises zu verkaufen.

Die Europäische Union kauft Fiji jährlich Zucker im Wert von 25

Mio. EUR ab. Der Vorzugspreis pro Tonne wird von 50 EUR auf ca. 30 EUR sinken. Mit den AKP-Staaten (dazu zählen 79 ‚Entwicklungsländer‘ aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik) steht die EU derzeit in Verhandlung über die Neugestaltung der Handelsbeziehungen ab 2008.

In der Entscheidung vom 29. April verfügte die in Genf ansässige WTO, dass die EU die Subventionen in einem annehmbaren Zeitrahmen um mehr als die Hälfte von derzeit 1,3 Mrd. EUR auf dann 499 Mio. EUR kürzen soll. Die Klage war im Oktober 2004 von Australien, Brasilien und Thailand eingereicht worden, in denen ebenfalls Zucker angebaut und verarbeitet wird. Weder Thailand noch Brasilien gehören den AKP-Staaten an.

Der australische Handelsminister Mark Vaile war entsprechend erfreut über das Urteil der WTO, bekommt die australische Zuckerindustrie durch die Subventionskürzungen doch Aufwind. Die aus Dänemark stammende EU-Landwirtschaftskommissarin, Mariann Fischer Broel, erklärte, die EU wolle auch künftig die Interessen von Produzenten und Verbrauchern von Zucker sowohl innerhalb der Union als auch in den AKP-Staaten verteidigen.

Wenig überrascht von der WTO-Entscheidung zeigten sich der fijianische Außenhandels- und Außenminister Kaliopate Tavola und der Direktor der Fiji Sugar Marketing Company, John May. May erklärte, man habe bereits mit einem Fall der Preise um 23 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gerechnet. Die Einleitung von Reformen im fijianischen Zuckersektor seien dringender als je zuvor. Der indo-fijianische ehemalige Premierminister des zentralpazifischen Inselstaates, der im Mai 2000 in einem Putsch abge-

setzte Mahendra Chaudhry, erklärte in seiner Funktion als Generalsekretär der Gewerkschaft „National Farmers Union“, er befürchte den Verlust von rund 60 Mio. EUR in den kommenden Monaten. Chaudhry unterstrich, dass derzeit ein Viertel der rund 800.000 Einwohner Fijis direkt oder indirekt vom Zucker leben.

Auf der Jahresversammlung der Gewerkschaft am 1. Mai, an der sich etwa 500 Mitglieder beteiligten, forderten Redner eine auf fünf Jahre befristete Steuerbefreiung für die fijianische Zuckerindustrie. Mit der durch die WTO verfügten Absenkung des Verkaufspreises, die bis spätestens Juli nächsten Jahres greife, müssten die zumeist indo-fijianischen Zuckerfarmer entlastet werden. Gleichzeitig griff Chaudhry Australien an, als bisher „befreundete Nachbar“ die Klage mit angestrengt und somit den Zuckersektor auf Fiji aus Egoismus geschädigt zu haben. *(Artikel von Christoph Kohl. Quellen: <http://www.acpsec.org>, <http://www.wto.org>, <http://www.dfat.gov.au/trade>, <http://europa.eu.int/comm/agriculture>, <http://www.foreignaffairs.gov.fj>)*

Kinder verlernen Sprache

Osterinsel: Die Maori der zu Chile gehörenden Osterinsel (Rapa Nui) im Osten des Pazifiks befürchten den Niedergang ihrer einheimischen Sprache Rapanui. Obwohl die Sprache von den älteren Bewohnern weiterhin gesprochen wird, lernen immer weniger Kinder das Rapanui. Die auf der entlegenen pazifischen Insel zu empfangenden Radio- und Fernsehstation senden überwiegend in Spanisch, der Sprache des südamerikanischen Mutterlandes. Die noch rund 2.000 Rapa Nui (Gesamtbevölkerung der Insel: 4.000) wandten sich an Radio Australia mit der Bitte um Unterstützung bei der Bewahrung ihrer Sprache und Kultur.

Als ostpolynesischer Sprache ist Rapanui mit den anderen Sprachen Ostpolynesiens (Tahitisch, Marquesanisch, Paumotu, Mangarevanisch, Hawaiisch, Maori, Rarotonganisch etc.) verwandt. Besondere Nähe besteht allerdings zum Tahitischen und zwar nicht, weil mit dem Tahitischen eine besonders enge sprachentwicklungsgeschichtliche Verwandtschaft besteht, sondern weil das Rapanui im späten 19. Jahrhundert stark vom Tahitischen beeinflusst wurde und hunderte Lehnwörter aus dem Tahitischen übernahm. Daher verstehen die meisten Rapanui rudimentär Tahitisch. Viele sprechen die tahitische Sprache auch fließend, aufgrund der engen Verbindungen nach Tahiti (auf Tahiti leben mehrere hundert Rapanui). *(Radio Australia 04.04.05, Email Lorenz Gonschor 28.04.05)*

Wissenschaftler prüfen Moruroa

Französisch-Polynesien: Zwei französische Forscherteams haben das Atoll Moruroa auf bleibende Schäden durch die Serie der französischen unter- und überirdischen Atomtests in den Jahren 1966 bis 1996 untersucht. Bei den als „Turbo“ und „Poly Tubes“ bezeichneten Untersuchungen ging es um die Flora und Fauna des Atolls der Tuamotu-Inseln sowie um die Korallen- und Fischbestände.

Der inzwischen pensionierte Journalist und Autor des Buches „Moruroa et Fangataufa: Les atolls de l'atome“, Bernard Dumortier, konnte im Auftrag der französischen Ausgabe des Magazins „National Geographic“ als Beobachter an dem Projekt „Turbo“ teilnehmen. Er sagte gegenüber der tahitianischen Zeitung „Tahiti Presse“, die Vegetation auf Moruroa habe sich von den Tests erholt. Die Insel grüne und blühe. Auch habe er mit bloßem

Auge Mantas und Schildkröten beobachten können.

Dumortier hatte an einigen Atomversuchen als Journalist im Auftrag des französischen Verteidigungsministeriums und des damaligen Präsidenten Charles de Gaulle teilgenommen. Sein Buch über das Testgelände fand nicht zuletzt wegen der seltenen Fotos aus Beständen des Verteidigungsministeriums in Frankreich große Beachtung.

Der Koordinator der tahitianischen Atomtestveteranenvereinigung „Moruroa e Tatou“, John Doom, und Bruno Barrillot vom französischen „Centre de Documentation et de Recherche sur la Paix et les Conflits“ (CDRPC) kritisieren jedoch die journalistische Arbeit von Dumortier. Er stünde aufgrund seiner Auftraggeber der französischen Regierung zu nahe und habe deshalb die gesundheitlichen Spätfolgen für die einheimischen Arbeiter des Testgeländes heruntergespielt bzw. nicht beachtet.

In den 30 Jahren hatte Frankreich 41 atmosphärische und rund 140 unterirdische Atombomben auf den Atollen Moruroa und Fangataufa getestet. (Tahitipresse 15.04.05, B. Dumortiers Buch, Gespräch mit B. Barrillot)

Oscar Temaru erneut Präsident

Französisch-Polynesien: Nachdem sein Wahlbündnis Union pour la Démocratie (UPLD) die partiellen Neuwahlen vom 13. März gewonnen hatte (siehe PA 1/05), wurde Oscar Temaru am 3. März von der Versammlung Französisch-Polynesiens erneut zum Präsidenten des Landes gewählt. Mit 29 Stimmen lag er eine Stimme über der erforderlichen absoluten Mehrheit. Sein Gegenkandidat von Gaston Flosses Partei Tahoeraa Huiraatira, der Bür-

germeister der Insel Bora-Bora, Gaston Tong Sang, erhielt 26 Stimmen, während die beiden unabhängigen Abgeordneten Philip Schyle und Nicole Boureau sich wie angekündigt ihrer Stimme enthielten. Zuvor hatte der Tahoeraa-Abgeordnete Jean-Alain Frébault, der bereits letztes Jahr zur UPLD übergetreten, nach Flosses erneuter Machtergreifung aber in seine Partei zurückgekehrt war, erneut die Seiten gewechselt, wodurch Temarus Fraktion von 28 auf 29 angewachsen war. In seiner Antrittsrede unterstrich Temaru erneut, dass die Unabhängigkeit für seine Regierung zunächst nicht auf der Tagesordnung steht. Schwerpunkte der Regierungspolitik der nächsten vier Jahre sollen statt dessen die Konsolidierung der Wirtschaft des Landes und die Reform des aufgeblähten und ineffektiven Verwaltungsapparates sein. Temaru sprach sich auch entschieden dafür aus, für die Dauer der restlichen Legislaturperiode mit der gegebenen Mehrheit zu regieren und auf weitere partielle Neuwahlen auf den äußeren Inseln, wie von verschiedenen Seiten gefordert worden war, zu verzichten.

Am 7. März stellte Oscar Temaru dann sein neues Kabinett vor. Es umfasst 16 Minister, von denen sieben bereits in Temarus erster Regierung letztes Jahr vertreten waren. Wie letztes Jahr übernimmt Temaru selbst das Ressort der Außenbeziehungen und der Gemeindeentwicklung, Vizepräsident und Minister für Tourismus und Luftfahrt ist wie letztes Jahr Jacqui Drollet (*la Mana Te Nuna*). Aus dem vorigen Kabinett übernommen wurden ebenso Wirtschafts- und Finanzminister Emile Vanfasse (parteilos), Minister für Post, Telekommunikation und Sport Emile Vernaudo (A*i'a* Api), Keitapu Maamaatuaiahutapu (parteilos) als Minister für Fischerei und Perlenzucht, Bildungsminister Jean-Marius Raapoto (*Tavini Huiraatira*), James Salmon (*Tavini Huiraatira*) als Transport-, Verkehrs- und Energieminister sowie Gilles Tefaatau (*Ai'a* Api) als Minister für Landfragen, Vermessungswesen und Wohnungsbau. Neu ins Kabinett berufen wurden Pierre Frébault (parteiloser Gewerkschafter) als Arbeitsminister, Landwirtschaftsminister Ahiti Roomataaroa (*Tavini Huiraatira*), Georges Handerson (*Here Ai'a*) als Minister für Umwelt und Katastrophenschutz, Pia Faatomo (parteilos, ex-Tahoeraa) als Gesundheitsministerin, Patricia Jennings (*Fetia* Api aus den Inseln unter dem Wind; die dortige Sektion der Partei ist Teil der UPLD) für Sozialwesen, Tina Cross (*Te Hono E Tau I Te Honoaui*) als Ministerin für Frauen und Familie, Tauhiti Nena (parteilos) als Minister für Jugend und Kultur sowie Natacha Taurua (*Ai'a* Api) als Ministerin für Kunsthandwerk. Direkt aus Flosses letztem Kabinett übernommen wurde Louis Frébault (ex-Tahoeraa) als Minister für die Entwicklung der äußeren Inseln, nachdem sein Bruder Jean-Alain die Seiten gewechselt hatte. (Artikel von Lorenz Gonschor. Quellen: Tahitipresse, Tahiti Pacific Magazine)

Rebellion der GIP-Miliz gegen die Regierung Temaru

Französisch-Polynesien: Kurz nach Amtsantritt von Oscar Temarus neuer Regierung kam es in Tahiti zu einer weiteren schweren politischen Krise, als Mitglieder der Mitte der 1990er Jahre von Gaston Flosse gegründeten „Groupement d'Intervention de la Polynésie“ (GIP, Polynesische Interventionsgruppierung, eine dem Präsidenten Französisch-Polynesiens direkt unterstellte Serviceagentur für gemeinnützige Arbeiten und Sicherheitsdienste) gegen die neue Regierung rebellierten und den Hafen von Papeete besetzten. Am 9.

März hatte Temaru den bisherigen, Flosse nahe stehenden Kommandanten der GIP, Léonard Puputauki, seines Amtes enthoben und durch seinen eigenen Vertrauensmann Robert Maker ersetzt. Als dieser zwei Tage später seinen Arbeitsplatz im der GIP-Zentrale im Hafenviertel von Papeete einnehmen wollte, versperrten ihm GIP-Mitglieder den Zugang. Temarus Regierung war mit vielen anderen Aufgaben beschäftigt und ließ das Problem zunächst ungelöst. Am 23. März rief der Präsident dann in einer Pressekonferenz alle GIP-Mitglieder auf, loyal mit der Regierung zusammenzuarbeiten und kündigte eine Umstrukturierung der GIP an. Am Tag darauf blockierten mehrere hundert Mitglieder der GIP unter Führung von Puputauki mit Bulldozern und Lastwagen die Zugangsbrücke zum Hafen von Papeete. Sie forderten den Widerruf von Makers Ernennung und statt dessen die Berufung von Puputaukis bisherigem Vize Yannick Boosie. Als zwei Tage später ein GIP-Schiff von einer Mission auf den äußeren Inseln nach Papeete zurückkam, kaperten Puputaukis Leute unter Gewaltanwendung das Schiff, dessen Mannschaft Temarus Regierung loyal war, und dirigierten es in den von ihnen kontrollierten Teil des Hafens. Da Tahitis gesamte Ölreserven in dem von Puputaukis Leuten kontrollierten Hafengebiet lagern, wuchs die Furcht der Bevölkerung vor einer Energiekrise. Schließlich gab Temaru am 27. März den Forderungen teilweise nach und unterzeichnete die Rückberufung Makers, woraufhin die Rebellen die Blockade abbrachen. Als Oscar Temaru am 30. März aber den politisch neutralen Hafenangestellten Marcel Ahini zum neuen GIP-Kommandanten ernannte, errichteten Puputauki und seine GIP-Mitglieder ihre Barrikaden erneut. Temaru musste schließlich nachgeben, da erneut die Energieversorgung Tahitis zu-

sammenzubrechen drohte, und ernannte am 3. April wie von den Rebellen gefordert Yannick Boosie zum neuen GIP-Chef, so dass diese ihre Blockade beendeten. Gleichzeitig ernannte der Präsident eine Kommission, die die Rolle der GIP evaluieren soll.

Die Ereignisse zeigten mit aller Deutlichkeit, dass die GIP keine neutrale gemeinnützige Institution, sondern eine Gaston Flosse hörige Miliz ist, die sich von Temarus Regierung nicht kontrollieren lässt und damit die Stabilität der neuen Regierung ernsthaft in Gefahr bringen kann. (Artikel von Lorenz Gonschor. Quellen: Tahitipresse, Tahiti Pacifique Magazine)

Antony Geros erneut Versammlungspräsident

Französisch-Polynesien: Am 14. April trat die Versammlung Französisch-Polynesiens zusammen, um turnusgemäß ihren Präsidenten zu wählen. Antony Geros, der letztes Jahr in diesen Posten gewählt worden war, musste im November letzten Jahres ebenso wie alle anderen Abgeordneten aus Tahiti und Moorea sein Amt aufgeben, weil der französische Verfassungsrat die Wahlen vom 23. Mai in diesem Wahlkreis für ungültig erklärt hatte. Der erste Versammlungsvizepräsident Hiro Tefaarere (UPLD) hatte daraufhin per interim das Amt des Versammlungspräsidenten übernommen. Während die UPLD-Mehrheitsfraktion wiederum Geros als ihren Kandidaten für die diesjährige Neuwahl festlegte, weigerte sich Tefaarere, sich dem Mehrheitswillen seiner Fraktion zu beugen und kandidierte gegen Geros. In seiner Funktion als Versammlungspräsident per interim verfügte er außerdem die Aufstellung einer Wahlkabine im Plenarsaal, um zu garantieren, dass die Abstimmung wirklich geheim bleibt (bisher wurden

Parlamentsvoten nur „halbgeheim“ mit Wahlzetteln und Urne, aber ohne Wahlkabine durchgeführt). Bei der Abstimmung erhielt Geros zunächst nur 27 Stimmen (eine unter der erforderlichen absoluten Mehrheit), gegen 26 für Lana Tetuanui, die Kandidatin von Flosses Tahoe-*raa*, eine Stimme für Tefaarere und drei Enthaltungen, wovon zwei klar von den unabhängigen Abgeordneten Philip Schyle und Nicole Bouteau kamen, die Herkunft der dritten aber unklar blieb und zu zahlreichen Spekulationen führte. Bei einem zweiten Wahlgang entsprach das Ergebnis dann aber den Fraktionsstärken: 28 für Geros, 26 für Tetuanui, eine Stimme für Tefaarere und zwei Enthaltungen, womit Geros mit knapper Mehrheit zum Versammlungspräsidenten gewählt war.

Einen Monat später beschloss die Versammlung dann mit 40 Stimmen und 14 Enthaltungen ihr neues Regelwerk. Danach erhält jeder Abgeordnete die Möglichkeit, eine Hilfskraft einzustellen, womit die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten verbessert werden, während gleichzeitig der aufgeblähte Verwaltungsapparat des Parlaments verkleinert wird. Außerdem werden Abgeordnete in Zukunft für unentschuldigte Abwesenheit zunächst verwarnt, bei exzessiver Abwesenheit werden ihre Diäten gekürzt.

Am 19. Mai wurde schließlich Unutea Hirshon (UPLD) zur Vorsitzenden des ständigen Ausschusses der Versammlung gewählt und die Mitglieder der neun Arbeitsausschüsse bestimmt. Damit ist die Erneuerung der Institutionen des Landes für dieses Jahr abgeschlossen.

Info: Die Versammlung Französisch-Polynesiens, die alle fünf Jahre vom Volk gewählt wird, wählt jedes Jahr eines ihrer Mitglieder zum Versammlungspräsidenten. Ebenfalls

jährlich neu gewählt werden Mitglieder und Präsident des ständigen Ausschusses der Versammlung sowie zahlreiche Arbeitsausschüsse. Nach dem neuen Regelwerk der Versammlung können erstmals auch Untersuchungsausschüsse gebildet werden. (Artikel von Lorenz Gonschor. Quellen: Tahitipresse, Tahiti Pacifique Magazine)

Forderung nach königlichem Traditionsrat

Französisch-Polynesien: Am 12. März trafen in Tahiti 30 Abkömmlinge verschiedener adeliger Familien unter Führung von Joinville Pomare, dem Thronerben der königlichen Familie Pomare, sowie des Landrechtsaktivisten Clément Pito und des Interimspräsidenten der Versammlung Französisch-Polynesiens Hiro Tefaaere zusammen. In einer Presseerklärung forderten sie die Einsetzung eines „Conseil Coutumier Royal“ (königlichen Traditionsrats) als zweite Kammer des Lokalparlaments neben der Versammlung Französisch-Polynesiens, um die Interessen der Adelfamilien als Hüter traditioneller polynesischer Werte zu vertreten. Sie berufen sich dabei auf den in Neukaledonien bestehenden „Sénat Coutumier“ (Traditionssenat), in dem die Häuptlinge der verschiedenen kanakischen Volksgruppen vertreten sind. Ähnliche traditionelle Institutionen mit Verfassungsrang bestehen in den meisten Pazifikstaaten, beispielsweise das House of Ariki der benachbarten Cook-Inseln oder der Great Council of Chiefs in Fiji.

Joinville Pomare und Clément Pito waren in den 80er und 90er Jahren Aktivisten der radikal monarchistischen Pomare-Partei und hatten durch zahlreiche Landbesetzungen auf sich aufmerksam gemacht. Nachdem sie beide Oscar Temarus UPLD im Wahlkampf unterstützt hatten, waren sie Ende letzten

Jahres als Anführer der Besetzungen öffentlicher Gebäude zum Protest gegen Flosses erneute Machtübernahme aufgefallen. Hiro Tefaaere dagegen hatte nie etwas mit der Pomare-Partei zu tun. Seine Enthüllung, von einer der polynesischen Adelfamilien abzustammen und sein plötzliches Engagement für deren Anliegen, überraschte viele.

Anfang Mai erneuerte die Gruppe ihre Forderung und stellte einen formellen Antrag an Präsident Temaru, der aber bislang nicht öffentlich darauf reagierte. (Artikel von Lorenz Gonschor. Quelle: Tahitipresse, Tahiti Pacifique Magazine)

Verschwinden von Politikern nach wie vor ungeklärt

Französisch-Polynesien: Drei Jahre nach dem mysteriösen Verschwinden der Oppositionspolitiker der Partei *Fetia Api* Boris Léontieff, Lucien Kimitete, Arsen Tuairau und Ferfine Besseyre sowie ihres Piloten Gilbert Kelly während einer Wahlkampftour in den Tuamotus-Inseln am 23. Mai 2002 sind die Umstände des mutmaßlichen Absturzes ihres Flugzeuges noch immer unklar. Von der Maschine fehlt nach wie vor jede Spur, keinerlei Trümmerteile oder andere Hinweise auf einen Absturz wurden bislang gefunden. Unterdessen verbreiten sich Gerüchte über eine mögliche Sabotage unter eventueller Involvierung der damals Gaston Flosse unterstehenden GIP-Miliz, bis hin zu noch viel extremeren Verschwörungstheorien. Bei der Gedenkfeier zum dritten Jahrestag des Verschwindens forderten Angehörige der Verschwundenen die Aufdeckung der Wahrheit um jeden Preis. Die Versammlung Französisch-Polynesiens kündigte unterdessen an, einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Vorfälle einzusetzen, während Frankreichs

Präsident Chirac gebeten wurde, seinen amerikanischen Amtskollegen um Einsicht in US-Spionagesatellitenfotos der Region vom Tag des Verschwindens zu ersuchen. (Artikel von Lorenz Gonschor. Quelle: Tahitipresse)

HAWAII

Wiss. Symposium über die Legitimität des Königreiches

Am 16. April fand in der Universität von Hawai'i das erste jährliche Symposium der Hawaiian Society for Law and Politics (HSLP, Hawaiische Gesellschaft für Recht und Politik) statt. Die Gesellschaft war letztes Jahr von dem hawaiischen Politikwissenschaftler und Unabhängigkeitsaktivisten Keanu Sai gegründet worden, um ein Forum zur wissenschaftlichen Diskussion über die Hawaiische Nation zu schaffen. Vor fünf Jahren hatte Sai die Frage der Unabhängigkeit Hawai'is vor den internationalen Schiedsgerichtshof in Den Haag gebracht, der in einer Anhörung das Königreich Hawai'i als souveränen Staat anerkannt hatte. Von diesem Präzedenzfall ausgehend, hatte Sai mehrere Juristen, Historiker und Politikwissenschaftler eingeladen, um ihre Fachmeinung anzuhören.

Während ein vom US-Bundesstaat Hawai'i engagierter Juraprofessor mit Hilfe eigentümlicher juristischer Konstruktionen versuchte, die US-Herrschaft über Hawai'i zu legitimieren, brachten die meisten anderen Vortragenden handfeste juristische Argumente für die Kontinuität des Königreiches

Hawai'i und die Illegalität der US-Besatzung vor. Sai plant, den internationalen wissenschaftlichen Austausch über diese Fragen noch weiter voranzutreiben, um das weltweite Bewusstsein für die illegitime US-Besatzung Hawai'is zu stärken. (Artikel von Lorenz Gonschor. Quelle: Eigene Teilnahme am Symposium)

Protest gegen Militarisierung der Uni

Pläne der Universität von Hawai'i, in Zusammenarbeit mit der US-Marine ein geheimes militärisches Forschungszentrum einzurichten, haben zu massiven Protesten seitens der Studentenschaft und vieler Professoren geführt.

Ende letzten Jahres war bekannt geworden, dass die Verwaltung der Universität seit längerer Zeit plant, mit dem US-Militär zusammenzuarbeiten. Gegen die Bereitstellung universitärer Forschungskapazitäten für geheime Militärforschung würde die Universität über längere Zeit Geldmittel in Höhe von 50 Millionen US-Dollar aus dem Verteidigungshaushalt erhalten, ein verlockendes Angebot für die chronisch unterfinanzierte Hochschule.

Als dann der Verwaltungsrat der Uni im März dieses Jahres begann, konkret über die Annahme des Angebots zu debattieren, begannen Friedens- und Unabhängigkeitsaktivisten unter der Studentenschaft lautstark gegen die Pläne zu debattieren. Durch die Annahme des Abkommens werde die Universität ihr Ansehen als ein weltoffener „Hawaiischer Ort des Lernens“ (entsprechend ihrer Satzung) verlieren und zu einem Organ des US-Militarismus, so die Argumentation der Protestler. Die akademische Freiheit und Verantwortlichkeit werde verloren gehen, wenn man nach Etablie-

rung des Forschungszentrums nicht mehr überblicken könne, welche Forschungsvorhaben militärisch geheim und welche öffentlich sein werden. Von hawaiischen Aktivisten wurde außerdem unterstrichen, dass die Uni auf von der US-Regierung gestohlenem hawaiischen Kronland erbaut ist, und von daher alle auf diesem Gelände durchgeführten Aktivitäten im Interesse der Hawaier liegen müssten, wozu militärische Forschung absolut nicht zählt. Hinzukommt, dass die Uni Hawai'i bereits in der Vergangenheit in unsägliche militärische Forschungsprojekte verwickelt war, so in den 1960er Jahren in die Herstellung des im Vietnamkrieg verwendeten Giftgases Agent Orange.

Nachdem Universitätskanzler Peter Englert Mitte April auf mehreren Konsultationen vergeblich versucht hatte, das Projekt gegen eine wachsende Zahl kritischer Studenten und Professoren zu verteidigen, wuchsen die Proteste immer weiter an und wurden wochenlang zum Hauptgesprächsthema auf dem Campus. Täglich dachten sich die Protestierenden neue Protestformen aus, von Transparenten, Flugblättern und Graffiti bis hin zu Straßentheater.

Schließlich drangen Ende April mehrere Dutzend Studenten und einige Professoren in das Büro des Präsidenten der Universität David McClain ein und hielten es eine Woche lang besetzt, um den Präsidenten zu zwingen, die Pläne für das Forschungszentrum zu widerrufen. Am 9. Mai gab er schließlich den Forderungen teilweise nach und versprach, das Projekt zunächst auf Eis zu legen, bis es im Oktober vom Verwaltungsrat erneut erörtert werden soll. Bis dahin soll unter Offenlegung aller Details eine öffentliche Debatte über das Thema stattfinden. Die Protestierenden gaben daraufhin ihre Besetzung

zunächst auf. Keli'i Collier, einer der Anführer des Protests, unterstrich aber, dass die Bewegung aktiv bleibe und ihre Protestaktionen jederzeit wieder aufnehmen könne, solange das Projekt nicht endgültig vom Tisch sei. (Artikel von Lorenz Gonschor. Quellen: Augenzeugnis der Protestveranstaltungen, Honolulu Advertiser, Ka Leo o Hawai'i)

Oscar Temaru besucht Hawai'i

Der Präsident von Französisch-Polynesien, Oscar Temaru, besuchte Mitte Mai für einige Tage Hawai'i. Er war zusammen mit den Premierministern von Tonga und den Cook-Inseln sowie dem Präsidenten der Marshall-Inseln und zahlreichen Regierungsvertretern weiterer pazifischer Inselstaaten angereist, um im East-West-Center in Honolulu an einer Konferenz pazifischer Regierungschefs teilzunehmen. Hauptthemen der Konferenz waren die Nachhaltigkeit wirtschaftlicher Entwicklung auf den Inseln des Pazifiks sowie die Koordinierung von Maßnahmen zum Katastrophenschutz. Zuvor war Temaru mit seinem langjährigen Freund, dem Staatssenator Kalani English, zusammengetroffen und hatte dann das Fremdenverkehrsamt des Bundesstaates Hawai'i besucht, um sich über die Erfahrungen Hawai'is mit dem Massentourismus zu informieren. Nach der Konferenz traf er mit mehreren Anführern der hawaiischen Unabhängigkeitsbewegung zusammen und riet ihnen, ihre zahlreichen internen Streitigkeiten endlich beiseite zu legen und sich nach dem Vorbild der tahitischen UPLD zu einem starken Bündnis zusammenzuschließen, um ihre Ziele durchsetzen zu können.

Während zwei kleinere lokale Wochenzeitungen und ein tonganischer Journalist Temaru interviewten, wurde dieser his-

torische Besuch von den dominierenden Medien Hawai'i's wie üblich ignoriert. (Artikel von Lorenz Gonschor. Quellen: Interview mit Oscar Temaru am 18. Mai in Honolulu, Tahiti-presse)

AUSTRALIEN

Nuklearmüll-Deponie in Nauru ?

Australische Tageszeitungen wollen über Pläne der Regierung unter Premierminister John Howard informiert sein, die Pazifikinsel Nauru als Endlagerstätte für atomaren Müll auszubauen. Die Zeitungen „The Australian“, die „Courier Mail“ und die „Herald Sun“ berichten, die Regierung diskutiere schon seit längerem die Möglichkeit einer Lagerung von nuklearen Abfällen außerhalb des australischen Kontinents. Das „bankrotte Nauru“ - so der mediale Spitzname der mikronesischen Insel - bietet sich dafür an, da man mit der Regierung von Nauru schon im Rahmen der so genannten „pazifischen Lösung“ erfolgreich zusammengearbeitet habe. Der australische Wissenschaftsminister Dr. Brendan Nelson erklärte, zur Zeit eruiere man zwei Möglichkeiten einer Endlagerung, entweder in einer isolierten Gegend in Australien („onshore“) oder auf einer Insel („offshore“). Der Plan der Regierung, eine Endlagerstätte nahe des ehemaligen Asylbewerbercamps Woomera in der Wüste Südaustraliens zu errichten, war an den Protesten der Öffentlichkeit gescheitert.

Die Australier benötigen eine längerfristige Deponie für atomare Rückstände eines Atom-

forschungsreaktors im Ort Lucas Heights. Diese Forschungsanlage liegt am südwestlichen Stadtrand von Sydney, etwa 40 Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. Der Forschungsreaktor HIFAR (High Flux Australien Reactor) ging 1958 in Betrieb und war ursprünglich gedacht für die Entwicklung der australischen Energieversorgung via Atomstrom. Heute produziert der Reaktor vorwiegend Radioisotope für medizinische Zwecke und ist mit seinen 10 MW Leistung die einzige in Betrieb befindliche Atomanlage in Australien. Bereits im nächsten Jahr soll der Reaktor durch eine modernere Anlage ersetzt werden.

Der „Open Pool Australian Light-water Reactor“ (OPAL) kann viermal so viele Radioisotope produzieren und dementsprechend auch mehr atomare Rückstände hinterlassen.

Die Suche nach einer Endlagerstätte gestaltet sich schwierig. Die Lagerstätte muss erdbebensicher und Klimawandelunabhängig sein. Die niedrig gelegenen, erdbebengefährdeten australischen Inseln Christmas und Cocos Island kommen deshalb nicht in Frage, ebenso wenig die Inseln Heard and Macquarie, die zum Weltkulturerbe der UNESCO erklärt wurden. Experten bezweifeln auch, dass eine Endlagerung auf Nauru möglich ist. Australien hat bereits 1995 die im Jahr 2001 in Kraft getretene „Waigani Convention“ ratifiziert. Das Abkommen verbietet die Lagerung von Gefahrenstoffen wie radioaktivem Müll in Mitgliedsländern des „Pacific Islands Forum“ und reguliert den innerpazifischen Transport von radioaktivem Müll. (Human Rights Net, Pacnews 25.01.05, Herald Sun u.a. Tageszeitungen 16.05.05, Presseerklärung der Labor Partei)

NEUSEELAND

BBC sendet auf neuer Frequenz

Der BBC World Service musste in Auckland die Frequenz wechseln und sendet zum 1. April 2005 auf 810 kHz. Bisher kam das Weltnachrichtenprogramm auf 1476 kHz, aber der Inhaber des Senderechts, Auckland International Airport, hat die Lizenz verkauft.

Immerhin gut 30 Prozent der neuseeländischen Bevölkerung lebten im Einzugsbereich dieses Mittelwellensenders. Der Auckland Radio Trust (PO Box 800, Shortland Street, Auckland, www.worldservice.co.nz), der sich um die BBC-Relais kümmert, hat nun vom Kultusministerium (engl. Ministry of Culture and Heritage) ein eigenes Senderecht für 810 kHz erhalten. Da der Betrieb nicht kommerziell ist, lebt der Trust von korporativen und privaten Spenden.

Während des Golfkriegs um die Befreiung Kuwaits hatte die BBC London im Januar 1991 mit örtlichen UKW-Sendungen in Neuseeland begonnen. Acht Monate später wurden sie wieder eingestellt, weil eine dauerhafte Zuweisung der Frequenzen nicht gesichert war. Ab Sommer 1992 konnte die BBC and WS New Zealand Ltd rund um die Uhr auf den Mittelwellen Auckland 1386 kHz, Christchurch 1017 kHz und Wellington 1233 kHz senden. Die Programme wurden in digitaler Form per Satellit vom Bush House in London nach Auckland übertragen und waren im Prinzip mit dem weltweiten Radioprogramm identisch. Morgens und zu den Berufsverkehrszeiten jedoch wurde das Programm um Informationen aus Neuseeland selber ergänzt. Im Sommer 1994 standen die Mittelwellen dann allerdings

wieder zum Verkauf. In Auckland, wo der BBC World Service nur oder immerhin zwei Prozent der Hörerschaft hatte binden können, wurden die Mittelwellensendungen in den folgenden Jahren fortgesetzt. (Email Dr. Hansjörg Biener 12.04.05, <http://www.biener-media.de>)

„TOK BLONG PASIFIK“ PAZIFISCHER ALLTAG

Littbarski trainiert Sydney

Australien: Der ehemalige deutsche Weltklassefußballspieler Pierre Littbarski hat einen Zweijahres-Vertrag in der neu gegründeten australischen A-League beim Fußballclub Sydney unterschrieben. Die neue Liga wird erst im August des Jahres mit acht Teams an den Start gehen. Der 44-jährige Littbarski wurde mit Deutschland 1990 Weltmeister. 1999 ging er nach Japan, wo er den FC Yokohama in der japanischen J-League trainierte. Nach seiner Zeit als Assistententrainer bei Bayer Leverkusen und als Trainer beim Zweitligisten MSV Duisburg in den Saisonen 2001 bis 2003, war der gebürtige Berliner nach Yokohama zurückgekehrt. „*Ich denke, dass man die Arbeit in Australien und Japan vergleichen kann. Auch in Japan wurde damals eine neue Liga gestartet, die inzwischen sehr stark ist*“, erklärte Littbarski auf einer Pressekonferenz.

In seiner Fußballerlaufbahn bestritt der kleine Mittelfeldspieler („Dribbelkönig“) 73 Länderspiele und erzielte 18 Tore. In der Bundesliga absolvierte Littbarski 406 Spiele (116 Tore) für den 1. FC Köln.

Auch in Australien heißt Fußball ab 2005 Fußball (football). Bisher wurde das Spiel "soccer" genannt. Die „Australian Soccer Association“ (ASA) wurde in „Football Federation Australia“ (FFA) umbenannt.

Die Meisterschaft (A-Liga) startet im August 2005 und ersetzt die Nationale Fußball-Liga, die nach der Saison 2003/04 aufgelöst wurde. (Sport-Informationen-Dienst, <http://www.fussballdaten.de/spieler/littbarskipierre/>)

Proteste gegen McDonalds

Amerikanisch-Samoa: Anwohner eines Strandes bei Utulei (Pago-Pago) haben gegen die Verpachtung eines öffentlichen Strandabschnitts an das amerikanische Fast-Food Unternehmen McDonalds protestiert. Die Regierung von Amerikanisch-Samoa hatte einen Pachtvertrag mit dem lokalen Partner von McDonalds, der Firma American Samoa Inc. 2000, unterzeichnet. Gouverneur Togiola Tulafono zeigte sich im Fernsehen enttäuscht über die Proteste der Anwohner. Gegen den bereits vorhandenen privaten Yachtclub am gleichen öffentlichen Strandabschnitt hatte es keine Proteste gegeben. In der eigens zu diesem Anlass produzierten Fernsehsendung erklärte Tulafono die Vorzüge des geplanten Restaurants. So würde man in der McDonalds-Filiale keinen Alkohol ausschenken, im Gegensatz zur Bar des Yachtclubs. Auch eigne sich das McDonalds-Restaurant hervorragend für Familien mit Kindern, da die Filiale einen Kinderspielplatz plane. Auch wolle McDonalds den Strand künstlich vergrößern und Strandhütten (fales) für die Besucher bauen. Der Pachtvertrag erstreckte sich im übrigen nicht bis zur Küstenlinie, so dass ein Stück Strand weiterhin für die Menschen, die nicht bei McDonalds essen wollten, öffentlich zugänglich sei. Tulafono betonte außerdem die Vorzüge ei-

nes Restaurants an diesem Strandabschnitt. Im Umkreis arbeiteten 3.000 Menschen, die jeden Mittag in ihre Autos stiegen, um zu Restaurants in der Umgebung zu fahren. Die Verkehrsstaus entfielen mit dem neuen Restaurant, erläuterte Tulafono weitere Vorteile der zweistöckigen McDonalds Filiale. (Samoa News 17.05.05)

Kiwi sorgt für Recht und Ordnung

Niue: Der Neuseeländer Ross Ardern ist zum 1. Juli zum Polizeipräsidenten der Insel Niue ernannt worden. Das gab Premierminister Young Vivian bekannt. Die zunächst auf zwei Jahre ausgeschriebene Stelle sollte ursprünglich von einem Einheimischen besetzt werden, doch habe es keinen geeigneten Kandidaten gegeben. Senior Sergeant Ardern sei aufgrund seiner langjährigen Erfahrung im Polizeidienst ausgewählt worden, erklärte Young. Nach 31 Jahren im Dienst der neuseeländischen Polizei wollte sich Ardern nach eigenen Angaben neuen Herausforderungen stellen. Er habe das Ziel, auf Niue die gleichen polizeilichen Standards zu setzen wie in Neuseeland, erklärte er gegenüber der lokalen Presse. Er freue sich auf die Tätigkeit als Polizeipräsident. Seine Ehefrau wolle versuchen, einen Garten anzulegen und er sei ein begeisterter Angler, zeigte sich Ardern von seinem neuen Einsatzort begeistert. Premier Vivian sagte, zwar sei Niue ein vergleichsweise sicheres Land, doch müsste auch diese kleine Insel mit ihren 1.200 Bewohnern die internationalen Standards für die Wahrung von Recht und Ordnung einhalten. (Niue News 27.05.05)

Impressum:

Kein Pressedienst

**Nachrichtenzusammenstellung
und Redaktion:** Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten: Pfr.
Thomas Paulsteiner

"pazifik aktuell" erscheint
vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für
die Partnerkirchen im Pazifik auf
das Konto 10 11 111. BLZ 760
605 61 bei der ACREDOBANK eG
in Nürnberg

Quellen:

• epd • Jakarta Post • National •
National Geographic • Oceania
Flash / Flash d'Océanie • Pacific
Beat • Pacific Islands Report (PIR)
• Pacific Magazine • Pacific News
Bulletin (PNB) • Pacific Nius • Post
Courier • Radio Australia, New
Zealand • Sydney Morning Herald
(SMH) • Tahiti-Press • taz • The
Lutheran • Wantok •

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE



Hauptstraße 2 • 91564 Neuenstedt/Leuz
Tel. 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120